

246234

Der Deutsche Krieg

56

9. III
1629

Sechshundfünfzigstes Heft
Prof. Dr. Rob. Liefmann:
Bringt uns der Krieg
dem Sozialismus näher?

1922
1602⁺

1915

ms

Politische Flugchriften
Herausgegeben von Ernst Jäckh

Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart — Berlin

50 Pfg.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Die deutsche innere Politik unter Kaiser Wilhelm II.

Von

W. von Maffow

Vornehm gebunden M 7.—

„Das Werk bietet eine ausgezeichnete Orientierung über die letzten fünf und zwanzig Jahre unserer innerpolitischen Geschichte. Der Verfasser hat es verstanden, die großen Richtlinien, nach denen die Entwicklung verlief, hervorzuheben und aus dem Wirrwarr der hin und her wogenden Kämpfe der Parteien untereinander und der Regierung den innersten Kern der Gegenstände herauszuschälen.“

(Dr. Bleck in der Staatsbürger-Zeitung, Berlin.)

„Der große Wurf ist dem Verfasser mustergültig gelungen. Ein warm-vaterländischer, menschlich-sympathischer Grundton durchzieht das ganze Buch. Man legt das treffliche Werk nicht aus der Hand, ohne aus ihm neue Zuversicht für unsere politische Zukunft gewonnen zu haben. Es ist so wahrhaft ein Wegbereiter vaterländischen Wollens.“

(Konservative Monatschrift, Berlin.)

„Ein anschauliches Bild der letzten fünf und zwanzig Jahre, eine ziemlich lückenlose, leicht fließende Erzählung der Geschehnisse, aus denen man einst die politische Geschichte der letzten Jahrzehnte rekonstruieren wird.“

(Kölnische Zeitung.)

Das Werk bildet den 6. Band des Sammelunternehmens

Das Weltbild der Gegenwart

Herausgegeben von Karl Lamprecht und Hans F. Helmolt

das in 20 Bänden zum Subskriptionspreis von M 6.— pro Band erscheint. Die Bände sind auch einzeln zu verschiedenen, dem Umfang der Bände entsprechenden Preisen zu beziehen. Ausführlicher Prospekt hierüber kostenlos durch jede Buchhandlung oder auch durch die Verlagsbuchhandlung.

Der Deutsche Krieg

Politische Flugschriften. Herausgegeben von Ernst Jäckh

Preis jedes Hefes 50 Pfennig

Bisher sind erschienen:

1. Paul Rohrbach, Warum es der Deutsche Krieg ist!
2. Friedrich Naumann, Deutschland und Frankreich
3. Prof. Dr. C. H. Becker, Deutschland und der Islam
4. Gottfried Traub, Der Krieg und die Seele
5. M. Erzberger, M. d. R., Die Mobilmachung
6. Prof. Dr. H. Onken, Deutschlands Weltkrieg u. die Deutschamerikaner
7. Algel Schmidt, Die russische Sphinx
8. Geheimrat Prof. Dr. Rudolf Eucken, Die weltgeschichtliche Bedeutung des deutschen Geistes
9. Prof. Dr. Gustav Roloff, Deutschland und Rußland im Widerstreit seit 200 Jahren
10. Oberfinanzrat Prof. Dr. Hermann Löffel, Englands Schwäche und Deutschlands Stärke
11. Dr. Paul Nathan, Die Enttäuschungen unserer Gegner
12. Geheimrat Prof. Dr. O. Binswanger, Die seelischen Wirkungen des Krieges
13. Dr. Carl Anton Schäfer, Deutsch-türkische Freundschaft
14. Dr. Fritz Wertheimer, Deutschland und Ostasien
15. Dr. Gertrud Bäumer, Der Krieg und die Frau
16. Graf Ernst zu Reventlow, England, der Feind
17. Prof. Friedrich Lienhard, Das deutsche Elsaß
18. Prof. Dr. Arnold Oskar Meyer, Worin liegt Englands Schuld?
19. Geheimrat Prof. Dr. Erich Marcks, Wo stehen wir?
20. Prof. Dr. Gustav C. Pazarek, Patriotismus, Kunst u. Kunsthandwerk
21. Prof. Dr. G. Kampffmeyer, Nordwestafrika und Deutschland
22. Richard Charnak, Österreich-Ungarns Erwachen
23. Dr. Alfons Paquet, Nach Osten!
24. Dr. Ernst Jäckh, Die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft
25. Anton Fendrich, Der Krieg und die Sozialdemokratie
26. Dr. Hugo Böttger, M. d. R., Das Geld im Kriege
27. Leonore Nießen-Deiters, Krieg, Auslandsdeutschtum und Presse
28. Prof. Dr. Arthur Binz, Die chemische Industrie und der Krieg
29. Prof. D. Martin Rade, Dieser Krieg und das Christentum
- 30./31. Dr. Norbert Stern, Die Weltpolitik der Weltmode
32. Geheimrat Prof. G. v. Schulze-Gaevernich, M. d. R., Freie Meere!
33. Dr. Eugen Lewicki, Die Ukraine, der Lebensnerv Rußlands
34. Prof. Dr. R. F. Rindl, Deutsche Siedlung im Osten

Fortsetzung auf der 3. Umschlagseite!

ПРОБЕЖЕНО
КНС 1948

Der Deutsche Krieg

Politische Flugschriften

Herausgegeben von

Ernst Jäckh

Sechshundfünfzigstes Heft



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin 1915

Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher?

Von

Prof. Dr. Robert Liefmann

Freiburg i. Br.



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin 1915



Центральна Наукова
Бібліотека УДУ

1934

1922
1602+

~~9. III~~
~~4008~~

~~9. III~~
~~1629~~

✓40

K

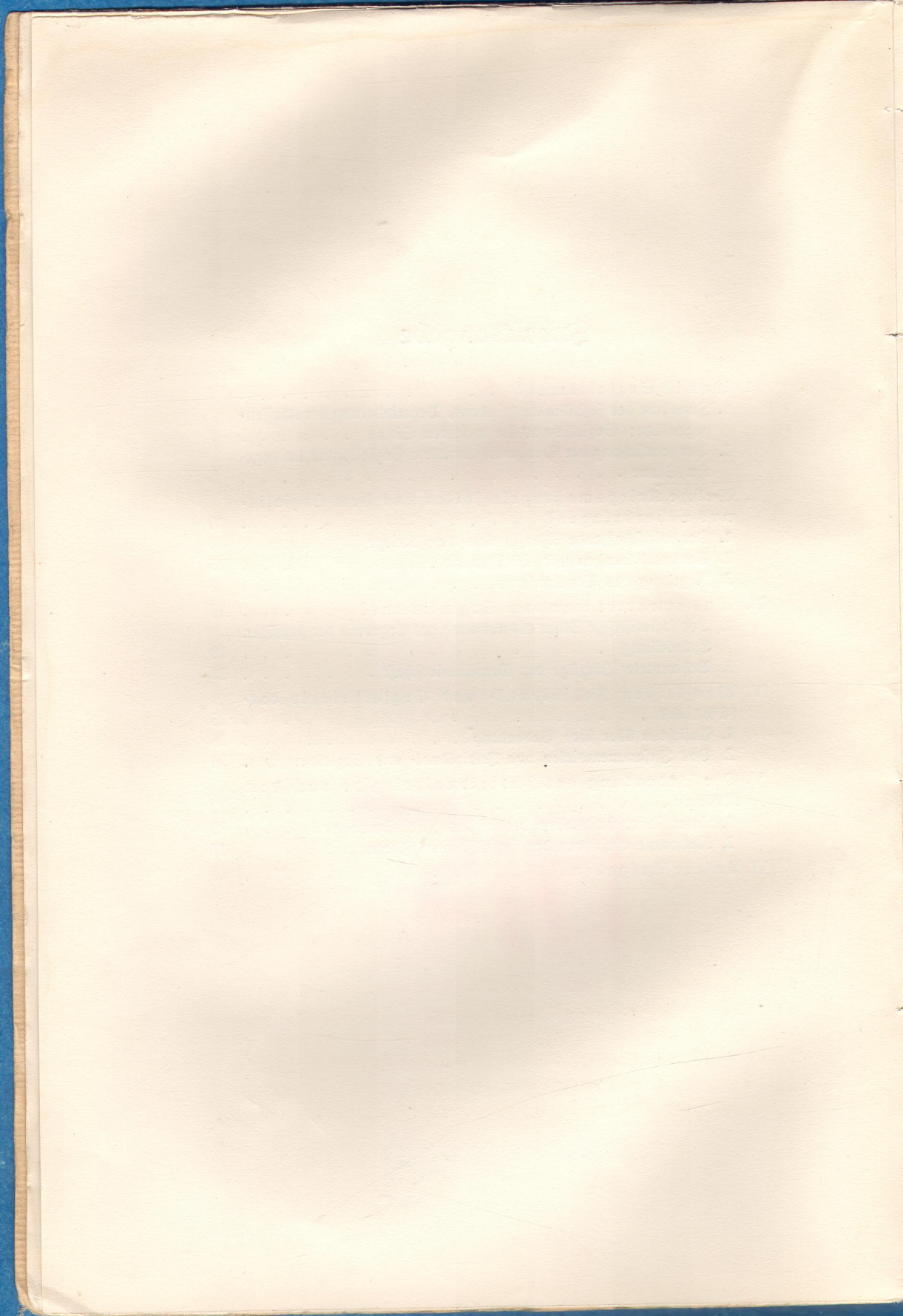
Alle Rechte vorbehalten

Druck der
Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach
in Salach, Württemberg

Центральна наукова бібліотека
ХНУ імені В. М. Кара
2013р.

Inhaltsangabe

	Seite
I. Was ist Sozialismus?	7
1. Zunahme des sozialen Empfindens, Verminderung der Klassen- gegensätze: Sozialismus im weiteren Sinne	7
2. Verstaatlichung der Produktionsmittel: Sozialismus im enge- ren Sinne	9
II. Welche Kriegsmaßregeln sollen uns dem Sozialis- mus näherbringen?	10
1. Der wirtschaftende Mensch nach dem Kriege	10
2. Verstaatlichungen und Höchstpreise	15
3. Regelung des Brotkonsums	16
III. Was erwartet man vom Sozialismus?	19
1. Der sozialistische Staat als notwendiges Ergebnis der heutigen Entwicklung	19
2. Behauptete Vorzüge der Gemeinwirtschaft	21
IV. Was leisten Individual- und Sozialprinzip tat- sächlich?	25
1. Ansichten über ihre Bedeutung	25
2. Das Zusammenwirken von Individual- und Sozialprinzip	30
V. Die Bedeutung des Individualprinzips nach dem Kriege	32
1. Unser Wirtschaftsleben bedarf des Individualismus	33
2. Nationale Gefahren der sozialistischen Ideen	37
VI. Unsere Aufgaben	40



I. Was ist Sozialismus?

Die ersten Augusttage des vorigen Jahres werden für viele von uns das gewaltigste Erlebnis ihres ganzen Lebens bedeuten, eine Erinnerung, die niemals verblassen wird und um die uns noch die späteren Geschlechter beneiden werden. Was war es, was damals mit so zwingender Gewalt alle Gemüther in seinen Bann zog? Nicht die Furcht vor einem grauenvollen Kriege, nicht die Gefahr, die jeden bedrohte und die diejenigen am wenigsten empfanden, die sich selbst in den Kampf stürzten, auch nicht die Möglichkeit, daß fremde Horden von Ost und West sich mordend über unsere Heimat ergießen könnten. Nicht die Furcht und Gefahr macht uns jene Tage unvergeßlich, sondern ein Gefühl der Erhebung, das wir alle empfanden und das am stärksten bei den ausziehenden Kriegern wirkte, das tiefe Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit, das Bewußtsein der Volksgemeinschaft. Dieses Bewußtsein, das in den Bestrebungen und Kämpfen des Alltags oft verloren geht, das man erst stärker empfindet, wenn man etwa nach längerem Aufenthalt im Auslande den Boden der Heimat wieder betritt, erfüllte mit nie geahnter Macht jeden Deutschen. Wie klein, wie unbedeutend fühlte sich der einzelne gegenüber dem großen Ganzen, wie völlig nebensächlich erschien ihm sein eigenes Schicksal, ja selbst das seiner Familie, gegenüber dem allgemeinen Schicksal, der dunkeln Zukunft des ganzen deutschen Volkes.

Die Gesellschaftslehre bezeichnet den Gegensatz, der sich hier in nie dagewesener Stärke offenbarte, als Individualprinzip und Sozialprinzip oder Individualismus und Sozialismus im weitesten Sinne. Beides sind Prinzipien, die den Inhalt aller Gesellschaftslehre betreffen, das Verhältnis des Einzelmenschen zu den menschlichen Gesamtheiten. Sie enthalten die große Kernfrage alles menschlichen Zusammenlebens: Ist der einzelne Mensch das Primäre und sind die menschlichen Gesamtheiten und Organisationen, die durch seinen Willen und um

seinetwillen entstehen, nur Mittel für die Zwecke des Individuums — das behauptet der Individualismus. Oder sind umgekehrt die menschlichen Gesamtheiten Selbstzweck, und der einzelne, der in ihnen sein kurzes Leben führt, nur dienendes Glied für die Gesamtzwecke — das behauptet das Sozialprinzip, der Sozialismus im weitesten Sinne. Es leuchtet ein, daß diese Frage nicht unbedingt so oder so zu beantworten ist, sie ist insbesondere nicht wissenschaftlich in dem einen oder anderen Sinne zu „lösen“, denn es handelt sich hier um Weltanschauungen, um persönliche Werturteile, mit denen die einzelnen an ihre Beantwortung herantreten. Diese Frage wird erst dadurch Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung, weil man beobachten kann, daß auch das wirkliche Leben sie niemals absolut beantwortet, daß keine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung jemals ausschließlich durch das eine oder das andere Prinzip organisiert ist. Die wissenschaftliche Aufgabe besteht darin, die verschiedenen Kombinationen zu untersuchen, in denen beide Prinzipien nebeneinander vorkommen. Es hat niemals gesellschaftliche Zustände gegeben, die ausschließlich auf dem Individualprinzip oder dem Sozialprinzip aufgebaut waren, sondern der Mechanismus der menschlichen Gesellschaft ist so konstruiert, daß, wie wir noch sehen werden, das eine Prinzip das andere erzeugt, daß ein zu starkes Überwiegen des Sozialprinzips, die Betonung der Unterordnung des Individuums unter die sozialen Gesamtheiten von selbst den Individualismus anregt, während eine zu starke Geltendmachung des Individualprinzips von selbst die zum Sozialprinzip führenden Tendenzen verstärkt. Diese Erscheinung liegt begründet in der Natur des Menschen, und deswegen muß jede Betrachtung gesellschaftlicher Vorgänge letzten Endes auf die Psyche der Individuen zurückgehen. Der Mensch kann sich nicht dauernd nur als Mittel für die Zwecke der anderen betrachten, jeder will auch und muß, schon im Interesse der Erhaltung der Gattung, sich selbst und seiner Familie leben, er will sein Leben sicherstellen, seine geistige und körperliche Ausbildung fördern usw. Andererseits hat jeder Mensch sich auch gegen den Individualismus anderer Menschen zu verteidigen, das Recht jedes einzelnen Menschen zur Geltendmachung seiner Interessen findet seine Grenze in demselben Rechte jedes anderen Menschen, und so läßt sich bemerkenswerterweise die Notwendig-

keit des Sozialprinzips, einer übergeordneten Regelung, auch vom Standpunkt des Individualismus aus erklären, also ohne daß die sozialen Gemeinschaften als Selbstzweck erscheinen. So gibt es denn auch Sozialisten (z. B. Proudhon), die den Sozialismus individualistisch begründen, aus dem Rechte jedes Individuums auf Geltendmachung seiner Interessen die Notwendigkeit einer sozialen Regelung herleiten.

Wenn wir unsere Frage, ob uns der Krieg dem Sozialismus näherbringt, so allgemein stellen wollten, so müßten wir also sagen, daß uns der Krieg die höchste Offenbarung des Sozialprinzips gebracht hat, die vielleicht je bei einem Millionenvolke zu verzeichnen war, die Unterwerfung aller einzelnen unter das gemeinsame höchste Ziel, den Kampf um die Existenz des Volkes. Es muß auch aller Wunsch sein, möglichst viel von diesem sozialen Geiste zu erhalten. Wir erkennen aber auch schon, daß ein solches Überwiegen des Sozialprinzips, ein solches Aufgehen aller in dem gemeinsamen Zweck, ein solches allgemeines Hingeben und Opfern auf die Dauer nicht möglich ist, weil die einzelnen dabei zugrunde gehen würden. Und das erklärt auch, weshalb ein solcher Krieg nicht Jahre dauern kann, wie insbesondere die Engländer anfangs sich gerühmt haben, ihn zu führen. Nicht allein aus finanziellen Gründen, auch nicht allein wegen der physischen Erschöpfung des Menschenmaterials kann ein solcher allgemeiner Volkskrieg, wie er jetzt geführt wird, nicht Jahre dauern, sondern auch weil bei den Individuen der psychische Fond von Unterordnung und Opferwillen sich erschöpft, die allgemeine „Kriegsmüdigkeit“, wie man es bezeichnet, einsetzt, die nur der Drang der Individuen ist, einmal wiederum für eigene Zwecke zu leben. Daß derjenige siege, der die besten Nerven habe, besagt auch nur, daß es auf diesen Opferwillen ankommt, aber er findet überall eine gewisse Grenze, auch schon um des Ganzen willen, das eben ohne die einzelnen nichts mehr ist.

Wir haben diesen allgemeinen Begriff des Sozialismus und Individualismus hier erörtert, weil wir am Schlusse wieder auf ihn zurückkommen müssen. Wenn man davon spricht, daß wir durch den Krieg dem Sozialismus näherkommen, verwendet man dieses Wort in einem engeren, vor allem wirtschaftlichen Sinne. Man versteht nämlich darunter einen Zustand des Wirtschaftslebens, in welchem an die Stelle des Privateigentums,

als der überlieferten Grundlage unserer heutigen Wirtschaftsordnung, das Kollektiveigentum, wenigstens an den Produktionsmitteln, gesetzt ist. Der Sozialismus will also, kurz gesagt, die Produktionsmittel verstaatlichen, die Gemeinwirtschaft herbeiführen. Das bedeutet eine völlige Umwälzung unserer Wirtschaftsordnung, welche auf dem Privateigentum an der großen Masse der Produktionsmittel, d. h. auf dem individuellen Erwerbstriebe, beruht, der die Produktionsmittel, das Kapital, für die Zwecke des einzelnen Besitzers benützt. Deshalb nennt man diese Wirtschaftsordnung auch die kapitalistische. Sie beruht insofern auf dem Individualprinzip, als das individuelle Gewinnstreben ihre Grundlage bildet; der Erwerbstrieb des einzelnen setzt den ganzen Tauschverkehr, die gesamte Bedarfsversorgung in Gang. Der sozialistische Zukunftsstaat dagegen, in dem das private Kapital beseitigt ist, die Produktionsmittel im Eigentum des Staates stehen, der die gesamte Produktion und Verteilung leitet, beruht auf dem Sozialprinzip, unterwirft den einzelnen den Zwecken der Gesamtheit und stellt den Sozialismus im engeren Sinne dar.

Wieder etwas anderes versteht man unter Kommunismus, und auch diesem Begriffe muß ich ein paar Worte widmen. Kommunismus ist nach der zweckmäßigsten Abgrenzung eine Wirtschaftsordnung, bei welcher der ganze Konsum einheitlich und für alle gleich geregelt ist. Das braucht beim Sozialismus nicht der Fall zu sein, da kann es verschiedene Einkommen geben, der Staat kann die einzelnen Leistungen verschieden entlohnen. Beim Kommunismus haben aber alle das gleiche Einkommen, jedem wird sein Konsum durch den Staat zugewiesen. Das ist denkbar — tatsächlich sind solche neue Wirtschaftsorganisationen ja nur Konstruktionen der Phantasie —, ohne daß der Staat selbst die Produktionsmittel in der Hand hat.

II. Welche Kriegsmaßregeln sollen uns dem Sozialismus näherbringen?

Nachdem wir so festgestellt haben, was man unter Sozialismus versteht und worin das Ziel besteht, dem wir zustreben sollen, sei nun untersucht, was denn seit Ausbruch des Krieges geschehen ist, um uns dem Sozialismus näherzubringen. In welchen wirtschaftlichen Erscheinungen, welchen staatlichen Maß-

regeln erblickt man einen neuen Schritt zum Sozialismus? Vorausgeschickt sei folgendes: das stärkere Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit, die tiefere Empfindung der gegenseitigen Abhängigkeit aller Erwerbszweige, auch das stärkere Gefühl sozialer Verpflichtungen, die größere gegenseitige Hilfsbereitschaft, die der Krieg gezeitigt hat, können wir natürlich nicht als einen Schritt auf dem Wege zum Sozialismus in diesem üblichen Sinne ansehen. Wir wollen wünschen, daß uns recht viel davon auch nach dem Kriege erhalten bleibt, aber das Grundprinzip unserer Wirtschaftsordnung und unseres Gesellschaftslebens wird dadurch nicht verändert. Ich glaube, es würde den Tatsachen nicht entsprechen und zu großen Enttäuschungen führen, wollte man annehmen, daß die Menschen nach dem Kriege weniger egoistisch werden, altruistischer denken, leichter geneigt sein würden, auf die energische Geltendmachung ihrer privaten Interessen zu verzichten. Das dürfen wir nicht erwarten. Es handelt sich nämlich nicht darum, daß der einzelne Mensch seine Interessen dem Wohle der Gesamtheit unterordnet, sondern ob nach dem Kriege der einzelne weniger auf Geltendmachung seines Vorteils anderen gegenüber bedacht sein wird. Diejenigen, die etwas „zum Wohle der Gesamtheit“ leisten sollen, werden sehr häufig behaupten, daß das Geforderte nur im Interesse einiger Gruppen gelegen sei, und in der Tat wird es oft sehr schwer sein, das zu entscheiden, wenn es sich nicht mehr, wie im Kriege, um ein so offensichtlich gemeinsames Gut wie den heimischen Boden handelt. Es ist sehr wohl möglich, daß nach dem Kriege auf Grund des stärkeren nationalen, vielleicht auch des sozialen Empfindens manche z. B. weniger ungern Steuern zahlen, als das heute der Fall ist — gewiß haben viele in dieser Hinsicht gute Vorsätze gefaßt, und die Regierung wird von einer solchen größeren Steuerwilligkeit in sehr großem Umfange Gebrauch machen müssen. Aber die Frage ist, ob die einzelnen bei den wirtschaftlichen Kämpfen und insbesondere bei der politischen Geltendmachung ihrer Interessen weniger rücksichtslos, altruistischer vorgehen werden als bisher. Das ist nicht anzunehmen, und insbesondere wird das Argument keinen Eindruck machen, daß ein Zurücksetzen der eigenen Interessen zum Wohl der Gesamtheit erfordert werde.

Es ist also auch nicht anzunehmen, daß die Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern weniger heftig werden, daß die Ge-

werktvereine weniger energisch Lohnerhöhungen verlangen, wenn der Augenblick dazu günstig erscheint, daß die Unternehmer sich weniger dagegen sträuben werden. Es ist nicht anzunehmen, daß der Kampf zwischen den verschiedenen Produzentengruppen, zwischen ihnen und den Händlern, zwischen Groß- und Kleinhandel geringer werden sollte als vorher. Es ist insbesondere nicht anzunehmen, daß die stärkere Betonung des nationalen Gedankens die politische Vertretung der verschiedenen Berufsinteressen weniger intensiv gestalten würde. Im Gegenteil; wenn für die Deckung des enorm gesteigerten Staatsbedarfs verschiedene staatliche Monopole eingeführt werden müssen, werden die Interessenten mit ebensolchem Eifer für möglichst hohe Abfindungen und, bei Handelsmonopolen, für möglichst hohe Einkaufspreise von den Produzenten kämpfen wie bisher. Und wenn mit alledem der Einfluß des Staates auf das Wirtschaftsleben gesteigert wird, so werden auch die politischen Kämpfe um so heftiger werden, durch die diese oder jene Erwerbsgruppe eine für sich möglichst günstige Regelung zu erzwingen hofft. So würde z. B. die Beibehaltung eines Getreidehandelsmonopols zu fortdauernden gewaltigen Kämpfen um die durch den Staat festzusetzenden Ein- und Verkaufspreise führen, und ich sehe in der Erwartung dieser Kämpfe einen der Hauptgründe gegen die Beibehaltung dieser Kriegsmaßregel.

Es ist auch sehr möglich, daß, ähnlich wie das nach 1870 der Fall war, die Beendigung des Krieges eine verstärkte wirtschaftliche Rücksichtslosigkeit zeitigen, den Egoismus des Erwerbstreibens verstärken werde, obgleich ich an einen starken allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung wie damals nicht glaube.

Eine Veränderung des Wirtschaftsmenschen, eine Abschwächung des wirtschaftlichen Egoismus und der wirtschaftlichen Kämpfe als Folge des Krieges ist also nicht zu erwarten. Wir wollen hoffen, daß ein stärkeres Nationalbewußtsein, Verzicht auf manche überflüssige Ausländerei und ein besseres soziales Verständnis zwischen den einzelnen Schichten des Volkes dauernd erhalten bleibt. Aber das ist weder Sozialismus noch auch der leiseste Schritt zum Sozialismus. Unsere Wirtschaftsordnung wird dadurch nicht im geringsten geändert. Was bleiben also noch für Erscheinungen, die die sehr verbreitete Ansicht berechtigt erscheinen lassen, daß wir durch den Krieg dem Sozialismus näherkommen? Es bleiben eine Anzahl staatlicher Maßnahmen,

in denen man Schritte auf dem Wege zum Sozialismus erblicken will. Dazu gehören Verstaatlichung des Handels in gewissen Waren, Verbot des privaten Verkaufs mancher Produkte, Zwang zum Verkauf anderer, also Verbot des Zurückhaltens, Festsetzung einer Reihe von Höchstpreisen und vor allem die Regelung des Brotkonsums.

An diese Maßregeln hat man sehr weitgehende Schlußfolgerungen geknüpft und in ihnen einen großen Schritt auf dem Wege zum Sozialismus gesehen. Solche Gedanken finden sich keineswegs nur in der sozialdemokratischen Literatur, sondern auch in vielen Schriften bürgerlicher Nationalökonomien. Insbesondere hat Professor Edgar Saffé in München in Vorträgen und in zwei Aufsätzen in dem von ihm herausgegebenen Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (Band 40) die Meinung ausgesprochen, daß „aus jenen Kriegsmaßnahmen dauernde und prinzipiell entscheidende Änderungen unserer Wirtschaftsordnung erwachsen werden“ (S. 521). Auch v. Schulze-Gävernitz sagt (Freie Meere! Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäckh, Heft 32, S. 24): „Der Krieg hat uns einen mächtigen Anstoß in der Richtung auf die Gemeinwirtschaft gegeben, so daß selbst Margens Katastrophentheorie — freilich anders, als ihr Urheber es sich vorstellte — einige Wahrheit zu gewinnen scheint.“

Ich kann das nicht für richtig halten. Wenn man früher überhaupt eine Ahnung davon gehabt hätte, wie gewaltig dieser Krieg unser Wirtschaftsleben beeinflussen würde, hätten die meisten Nationalökonomien, auch überzeugte Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, doch wohl nicht geglaubt, daß diese so gut den Anforderungen und den notwendigen Umwälzungen standhalten werde. Selbst die Sozialisten geben zu, daß sie der kapitalistischen Wirtschaftsordnung diese Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit nicht zugetraut haben. Unser Hauptziel ist also, ihnen zu zeigen, daß, ebenso wie sie diese unterschätzten, sie die Leistungsfähigkeit ihres Ideals, des sozialdemokratischen Zukunftsstaates, überschätzt haben.

Dem Zusammenbruch unserer Wirtschaftsordnung scheinen wir also durch den Krieg nicht näher gekommen zu sein, von ihrem Versagen aus inneren Gründen ist einstweilen nichts zu spüren. Wenn uns der Krieg dem Sozialismus näherbringt, so geschieht dies nicht aus wirtschaftlicher Entwicklung, wie der ökonomische

Determinismus, der dem modernen Sozialismus zugrunde liegt, behauptet, sondern durch bewußtes Eingreifen des Staates. Das ist nun eine sehr verbreitete Meinung. Von bürgerlichen Nationalökonomien ist sie besonders durch Jaffé vertreten worden. Er meint, „daß das alte Prinzip des Individualismus und der unbeschränkten Freiheit des wirtschaftlichen Lebens seinen Tag gehabt hat“ (S. 540). „Überall, wo dieses System nicht sofort durch bereit gehaltene gemeinwirtschaftliche Maßnahmen gestützt wurde, hat es völlig versagt, und wir sind gezwungen, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um schleunigst auch auf diesen Gebieten das privatwirtschaftliche durch das System der Gemeinwirtschaft zu ersetzen . . . Nach diesem Kriege, im kommenden Frieden wird unser Wirtschaftssystem nicht mehr das gleiche sein wie vorher. Ob wir wollen oder nicht, der Krieg wird auch hier einen ungeheuren Ruck nach vorwärts bedeuten, und dieser Fortschritt kann kein anderer sein als der auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft. Wahrscheinlich sind die Kriegsmassregeln nur der Auftakt zu prinzipiellen Neugestaltungen, deren Umfang noch nicht abzusehen ist“ (S. 28).

Was ist darüber zu sagen? Ich halte diese Ansichten für sehr bedenklich und glaube, daß wenn jene Kriegsmassregeln wirklich ein ungeheurer Ruck auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft wären, dies keinen Fortschritt, sondern einen großen und für unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege verhängnisvollen Rückschritt bedeuten würde.

Aber werfen wir zunächst die Frage auf: Lassen die erwähnten Kriegsmassnahmen wirklich den Schluß zu, daß wir damit dem Sozialismus näherkommen? Werden sie denn überhaupt in größerem Umfang bestehen bleiben? Betrachten wir daraufhin die einzelnen Massnahmen etwas näher! Die Verstaatlichungen, die aus militärischen Gründen vorgenommen wurden, können ohne Zweifel nicht als ein Schritt zum Sozialismus gedeutet werden, ebensowenig das Verbot des privaten Verkaufs zahlreicher Produkte, die zu militärischen Zwecken gebraucht werden: Leder, Metalle, Chemische, für die Sprengstoffabrikation erforderliche Produkte usw. Diese werden sicherlich wieder dem freien Verkehr überlassen werden, sobald das militärische Interesse an der Versorgung damit aufhört. Aber auch wenn z. B. die künstliche Salpetergewinnung,

deren Erfindung eine Existenzfrage für uns war, verstaatlicht werden sollte, so wäre das natürlich ebensowenig Sozialismus wie die Verstaatlichung der Eisenbahnen oder das Tabaksmonopol, bedeutete nicht im geringsten eine Veränderung unserer Wirtschaftsordnung, sondern nur die Bereitstellung neuer Einnahmequellen für den Staat und eventuell auch wieder die Berücksichtigung militärischer Interessen.

Von allen Kriegsmaßregeln, mit denen der Staat das Wirtschaftsleben zu regeln versuchte, kommt wohl der Festsetzung von Höchstpreisen auch für die Zukunft die größte Bedeutung zu. Dafür ist sie aber auch eine Maßregel, welche keineswegs etwas Neues darstellt, sondern auch früher schon nicht selten angewandt wurde. Die Voraussetzungen ihrer Anwendung sind nur in der Kriegszeit umfassender geworden. Aber nichts deutet darauf hin, daß sie bestehen bleiben und nach dem Kriege wirksamer sein werden als vorher. Einen Schritt zum Sozialismus könnte man in der Festsetzung von Höchstpreisen nur dann erblicken, wenn sie für eine große Zahl von Produkten erfolgte und vor allem, wenn sie dauernd aufrechterhalten bliebe. Denn das würde bedeuten, daß der Staat die Preisbildung durch den freien Verkehr beseitigte und die Preisbildung selbst in die Hand nähme. Mit einer bloß vorübergehenden Begrenzung der Preise, wie wir sie jetzt und auch nur für wenige Produkte unter besonderen Verhältnissen haben, ist das nicht im geringsten der Fall. Im Gegenteil, der Staat knüpft mit seinen Höchstpreisen an die Preisbildung des freien Verkehrs an, dieser ist nicht aufgehoben, das Privateigentum nicht eingeschränkt, und er nimmt die Preisbegrenzung nur vor, weil durch besondere Umstände, Mangel an Zufuhr, beschränkte Produktion, die Möglichkeit von Monopolbildungen zu sehr erleichtert war. Dasselbe geschieht aber schon in Friedenszeiten für manche Produkte und wird für noch mehr gefordert, bei denen aus verschiedenen Gründen die Konkurrenz erschwert ist und Monopolbildungen leicht durchzuführen sind. Namentlich den Monopolbildungen der Kartelle und Trusts gegenüber ist sehr häufig die Forderung staatlicher Preisbegrenzungen erhoben worden. Dabei lag aber immer der Gedanke zugrunde, daß die hergebrachte Preisbildung durch das private Erwerbsstreben nicht beseitigt werden, sondern nur eine Beschränkung seiner Geltendmachung vorgenommen werden sollte.

Es ist klar, daß solche staatliche Höchstpreise im Rahmen unserer auf dem Erwerbsstreben beruhenden Wirtschaftsordnung an sich etwas Fremdes sind, ein notwendiges Übel, das manchmal, und unter den besonderen Verhältnissen des Krieges häufiger, angewendet werden muß, das aber aufgegeben wird, sobald die Voraussetzungen dafür, übermäßige Gewinne auf Grund von Monopolstellungen, nicht mehr vorliegen. Eine Abänderung unserer Wirtschaftsordnung aber wäre damit nur verbunden, sofern das private Erwerbsstreben als Regulator des Tauschverkehrs für große Gebiete desselben überhaupt ausgeschaltet würde. Daran ist nie gedacht worden, und wir werden unten noch zeigen, daß das unter Beibehaltung der spezialisierten heutigen Bedarfsversorgung überhaupt unmöglich wäre.

Der Zwang zu Verkaufsabschlüssen, der für manche Produkte eingeführt worden ist, steht mit der Festsetzung von Höchstpreisen in engem Zusammenhang. Er soll nur die im Kriege gesteigerte Möglichkeit, monopolistische Stellungen zu erlangen und auszubeuten, verhindern, indem er das Aufspeichern und damit das künstliche Seltenmachen der Waren verbietet. So bewirkt er, daß die Preisbildung des Verkehrs, die, wie sich auch hier wieder deutlich zeigt, durch die Festsetzung von Höchstpreisen keineswegs aufgehoben ist, nicht unberechtigterweise immer auf dem gesetzlichen Maximum verbleibt, was leicht dazu führen würde, dieses Maximum immer höher hinaufzusetzen.

Leider ist die Regierung, zum Teil offenbar unter dem Einfluß der weitverbreiteten Meinung, daß diese Maßregeln einen sozialistischen Charakter tragen, mit der Festsetzung von Höchstpreisen allzu zögernd vorgegangen und hat sich zu solchen erst entschlossen, als die Verkäufer die besondere Lage, beschränkten Vorrat, Versagen der Zufuhr, schon stark ausgenützt hatten. Würde nicht von so vielen in Deutschland der sozialistische Zukunftsstaat als ein Ideal hingestellt, so hätte man wahrscheinlich schon früher und schärfer eingegriffen und damit, ohne ihrem Zukunftsideal näher zu kommen, doch den Hauptvertretern desselben, den unteren Klassen, mehr genützt.

So bleibt als der einzige wirtschaftliche Vorgang, aus dem man den Fortschritt zum Sozialismus ableiten könnte, die Verstaatlichung der Getreideversorgung, die Regelung des Brotkonsums, eventuell auch der Kartoffelversorgung und,

was damit zusammenhängt, die Beschränkung der Bier- und Branntweinerzeugung. Wir alle wissen, daß das eine sehr bedeutsame Maßregel gewesen ist. Ihre Bedeutung liegt vor allem in zwei Punkten. Einmal in ihrer Neuartigkeit überhaupt. Was bisher nur in belagerten Festungen, hier allerdings in Paris 1870/71 in allergrößtem Maßstabe, vorgekommen ist, das wurde hier für ein ganzes Land und Volk durchgeführt. Dann aber liegt die Bedeutung dieser Maßregel darin, daß noch niemals die Macht des Staates für sämtliche Glieder eines Volkes ohne jede Ausnahme so augenfällig in die Erscheinung getreten ist wie hier. Was bedeutet dem gegenüber die allgemeinste bisherige positive Machteinwirkung des Staates auf seine Untertanen, der Zwang zum Heeresdienst, in dem seinem Umfang nach Frankreich an der Spitze stand! Er trifft doch in Deutschland in normalen Zeiten nur ungefähr 1% der Bevölkerung, und selbst jetzt in der höchsten Anspannung des Krieges nur etwa 10%. Durch die Maßregeln zur Sicherung der Brotversorgung aber wurde mit einem Schlage jedermann in Deutschland in seinen alltäglichen Gewohnheiten getroffen, und zwar alle in genau der gleichen Weise. Es ist begreiflich, daß das den Gedanken an den Sozialismus und Kommunismus nahelegte, von dem man auch eine solche Vereinheitlichung der Bedarfsversorgung erwartete.

Wie steht es aber bei näherer Betrachtung mit dieser Maßregel? Bedeutet sie einen Schritt zum Sozialismus, hat sie überhaupt in Wahrheit etwas Sozialistisches? Offenbar liegt die gewaltige Wirkung dieser Maßregel, der große Eindruck, den sie hervorruft, gar nicht in der Aufhebung des Handels, in der Ersetzung privaten Eigentums an den Produktionsmitteln durch staatliches Eigentum, in der Beseitigung des privaten Erwerbs, die größtenteils überhaupt nicht erfolgt sind, sondern der Eindruck jener Maßregel liegt ausschließlich in der Begrenzung des Konsums, in der genauen Vorschrift der Quantität und Qualität des Brotkonsums für jeden einzelnen Menschen. Sie ist also kommunistisch, ohne sozialistisch zu sein. Sie regelt den Konsum auf diesem beschränkten Gebiete für alle in gleicher Weise, ohne die Produktion und den privaten Erwerb irgendwie nennenswert zu beeinflussen. Sie ist also ein typisches Beispiel für den Unter-

Liefmann, Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher? 2



schied von Sozialismus und Kommunismus und dafür, daß der letztere ohne den ersteren möglich ist. Sie führt einen Brotkommunismus ein, ein allgemeines und gleiches Brotanteilsrecht, ohne dabei die Wirtschaftsordnung, den Mechanismus der Produktion und des Absatzes in irgendeiner Weise zu verändern. Von einem sozialistischen Charakter der Maßregel kann also überhaupt nicht die Rede sein.

Andererseits ist aber der kommunistische Kern dieser Regelung der Brotversorgung zweifellos ein ganz vorübergehender Zweck, hervorgerufen durch die Gefahr zeitweise beschränkter Versorgung während des Krieges. Sie wird selbstverständlich aufhören und unbeschränktem Konsum Platz machen, sobald, auch während des Krieges, eine genügende Getreideversorgung sichergestellt ist.

In Zukunft wird vielleicht mancherlei geschehen, um dafür schon in Friedenszeiten vorzusorgen. Man wird größere Getreidevorräte halten, auch vielleicht bei dem Anbau von Nahrungsmittelgewächsen mehr auf die Versorgung des Inlands als auf den Export sehen und so vielleicht den Rübenbau zugunsten anderer Produktionsarten einzuschränken suchen. Aber das alles hat doch mit Sozialismus nicht das geringste zu tun. Niemand denkt deswegen daran, einen Agrarsozialismus auch nur in der bescheidensten Form herbeizuführen, auch nur einen Zweig der landwirtschaftlichen Produktion, nur einen Teil des landwirtschaftlichen Bodens zu verstaatlichen.

Aber es scheint mir, daß man überhaupt, durch die allgemeine Wirkung jener Maßregel veranlaßt, ihre verwaltungstechnische und wirtschaftliche Bedeutung erheblich überschätzt hat. Verwaltungstechnisch ist die allgemeine Begrenzung des Brotkonsums keineswegs eine ungewöhnliche Leistung, ihre Durchführung wird durch den guten Willen der Bevölkerung erleichtert, durch strenge Strafen und scharfe polizeiliche Kontrolle sichergestellt. Besondere Anforderungen an den Staatsorganismus stellt sie nicht, und den Wirtschaftsorganismus läßt sie, wie gesagt, so gut wie unberührt. Wir haben daher auch meines Erachtens gar keine Veranlassung, auf ihre Durchführung besonders stolz zu sein. Sie könnte uns in jedem anderen Lande ohne besondere Schwierigkeiten nachgemacht werden und ist ja auch zum Teil selbst in neutralen Staaten durchgeführt. Eine unendlich viel

größere und für das Wirtschaftsleben wichtigere Leistung war ohne Zweifel die schnelle Anpassung unserer Industrie an die ganz veränderten Bedarfs- und Produktionsverhältnisse. Das ist aber eine Leistung, die allein durch die individualistische Wirtschaftsordnung, das private Erwerbsinteresse und die ihm dienenden privaten Organisationen, Fachvereine, Kartelle usw. herbeigeführt worden ist.

III. Was erwartet man vom Sozialismus?

Die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen rechtfertigen also zweifellos nicht die weitgehenden Folgerungen, die, wie wir sahen, an sie geknüpft wurden und die einen großen Schritt zum Sozialismus, eine allgemeine Änderung unserer Wirtschaftsordnung durch den Krieg erwarten. Und bei Licht besehen sind es auch gar nicht diese Massregeln, die jenen Gedanken erzeugt haben und die unvoreingenommenen Betrachtern mit einiger ökonomischer Bildung als vorübergehende Ergebnisse besonderer Verhältnisse erscheinen müssen. Sondern es ist vielleicht mehr das Zusammenreffen mit zwei anderen Umständen, das diese Auffassung und ihre weite Verbreitung erklärt. Einmal mit der starken Ausdehnung des Sozialprinzips in seiner gesellschaftlichen Erscheinungsform im Kriege überhaupt, mit der Zunahme des Gemeinschaftsgefühls, das sich auf Grund des gemeinsamen Existenzkampfes entwickelte und das den wirtschaftlichen Krieg innerhalb des Volkes, wie ihn die heutige Wirtschaftsordnung darstellt, zurücktreten lassen möchte.

Dieses Sozialgefühl, das eben in unserem Volksheere seinen höchsten Ausdruck findet, traf nun mit der seit langem weitverbreiteten, als Dogma vertretenen Ansicht zusammen, daß unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung mit Notwendigkeit dem Sozialismus zustrebe. Auch in weiten Kreisen der ökonomischen Wissenschaft hat man den sozialistischen Zukunftsstaat als das selbstverständliche Ziel der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung angesehen; man spricht schon von einer sozialistischen Epoche, die auf die kapitalistische folgen soll, wie von einer feststehenden Tatsache, untersucht, wie sich spezielle wirtschaftliche Erscheinungen wie der Zins im sozialistischen Staate gestalten würden und dergleichen. Bei den arbeitenden Klassen aber ist dieser Ge-

danke teilweise so in die Gemüter eingehämmert worden, daß er wie ein Glaubenssatz erscheint, und so ist es kein Wunder, daß man jetzt seiner Erfüllung näher zu kommen glaubt. Ja, hätte der Staat auch gar keine Maßregeln getroffen, die jener Anschauung Nahrung geben konnten, so hätte man doch, allein auf Grund des stärkeren sozialen Empfindens, eine schnelle Entwicklung zum Sozialismus durch den Krieg prophezeit.

Es scheint mir aber sehr gefährlich, wenn man in dieser Weise gesellschaftliche Erscheinungen, Probleme der Klassenunterschiede, und wirtschaftliche Erscheinungen, Organisationsprobleme, des Wirtschaftslebens verwechselt, was leider durch neuere „sozialökonomische“ Richtungen in der Wissenschaft, die Volkswirtschaftslehre und Soziologie zusammenwerfen, gefördert wird. So sehr wir auf gesellschaftlichem Gebiete den Sozialismus im weitesten Sinne, eine Verminderung der Klassengegensätze, wünschen, so sehr brauchen wir auf wirtschaftlichem Gebiete den Individualismus, wäre es gefährlich, in dem sozialistischen Zukunftsstaat, in einer allgemeinen Verstaatlichung der Produktionsmittel, das Ideal zu sehen. Das wird gleich noch zu zeigen sein.

Als charakteristisches Beispiel, wohin das Zusammentreffen des durch den Krieg erstarkten sozialen Empfindens mit dem Dogma des Sozialismus führt, sei erwähnt, daß Jaffé in dem Aufsatz „Die Militarisierung unseres Wirtschaftslebens“ (a. a. O. S. 545) als Vorbild für den künftigen Zustand der wirtschaftlichen Organisation das Heerwesen anführt, „das höchste Leistungsfähigkeit erreicht auf Grund technischer Vollkommenheit und organisatorischer Durchbildung bis ins kleinste in Verbindung mit der selbstverständlichen Hingabe aller an das große Ziel. Und all das ohne Rücksicht auf finanziellen Gewinn, lediglich getrieben durch das einfache Bewußtsein patriotischer Pflichterfüllung“. Hier wird eben die Bedeutung des Sozialprinzips im gesellschaftlichen Leben, das im Kriege und im Heerwesen seinen höchsten Ausdruck findet, ganz unzulässig auf das wirtschaftliche Leben übertragen. Das Heerwesen ist in Wahrheit die am wenigsten wirtschaftlich organisierte Einrichtung, die es in Deutschland gibt. Es beruht insbesondere im Frieden, zum Teil aber auch im Kriege, auf der Geringschätzung der wichtigsten wirtschaftlichen Güter, Arbeitskraft und Arbeitszeit. Jeder-

mann weiß, daß die Hälfte der militärischen Tätigkeit im Warten besteht und daß die Menschenkräfte — ich denke dabei natürlich nicht an ihre Einsetzung im Kriege — dort ganz ohne Rücksicht auf das wirtschaftliche Prinzip verwandt werden. Das Heerwesen ist unwirtschaftlich organisiert und kann auch vermöge seiner Zwecke, die eben höchste Unterordnung des Individuums fordern, nicht nach dem wirtschaftlichen Prinzip organisiert sein. —

Die Frage, die sich zunächst erhebt und die vor allem beantwortet werden muß, wird die sein: worauf beruht denn eigentlich die so weit verbreitete Überzeugung von der Entwicklung zum Sozialismus, von dem Bestehen des sozialistischen Zukunftsstaates? Die sozialistische Lehre hat sich die Beantwortung dieser Frage leicht gemacht. Der ältere Sozialismus, den man den utopischen nennt und dessen Hauptwerk die Utopia des Thomas Morus ist, begnügte sich damit, einen Idealzustand des menschlichen Zusammenlebens auszumalen, ohne seine Realisierbarkeit zu erörtern. Die utopischen Sozialisten überboten sich in phantastischen Konstruktionen eines sozialistischen und kommunistischen Gemeinwesens. Der neuere, sogenannte wissenschaftliche Sozialismus, dessen Hauptvertreter Karl Marx ist, umgeht dagegen bemerkenswerterweise die Frage nach der inneren Organisation und insbesondere auch nach den Vorteilen des sozialistischen Zukunftsstaates. Er begnügt sich damit, zu zeigen, daß er aus der heutigen Entwicklung mit Notwendigkeit sich ergeben müsse, stellt also die Aufhebung des Privateigentums, die Verstaatlichung der Produktionsmittel als notwendige Folge der heutigen Wirtschaftsordnung dar. Marx meint, daß sich die Lage der Arbeiter immer mehr verschlechtern werde, daß sie immer mehr vom „Kapital“ — das ist das sozialistische Schlagwort — ausgebeutet werden würden und daß schließlich nur die proletarische Revolution, die „Expropriation der Expropriateure“, und damit die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Lösung bringen könne.

Nun haben diese Behauptungen schon einen starken Stoß erlitten insofern, als sich die wirtschaftliche Entwicklung in dem halben Jahrhundert seit Marx ganz anders vollzogen hat, als er voraussetzte. Die Lage der Arbeiter hat sich bedeutend verbessert, und wenn auch die Klassengegensätze und die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern keineswegs beseitigt

sind, so haben sich doch die Arbeiter durch ihre Gewerkvereine in vielen Erwerbszweigen einen größeren Einfluß auf das Arbeitsverhältnis und einen größeren Anteil an den Erträgen der Unternehmungen auszubedingen verstanden. Inwieweit das in Zukunft noch mehr geschehen wird, ist einerseits eine Frage ihrer Organisation und des sozialpolitischen Eingreifens des Staates in die Arbeitskämpfe, andererseits eine Frage der kulturellen Hebung der Arbeiterklasse — denn letzten Endes kann die große Masse der ungelerten Arbeiter doch nur den Lohn erzielen, der der jeweiligen Höhe ihrer Lebenshaltung entspricht. Eine Steigerung der Bildung, des kulturellen Niveaus, muß auf die Dauer zu einer Erhöhung der Löhne führen, das Aufkommen neuer Bedürfnisse, die Verfeinerung der Lebenshaltung, natürlich nicht nur in materieller Hinsicht, muß schließlich auch die große Masse ergreifen.

Es wäre also sehr voreilig und unbegründet, aus der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Arbeiterverhältnisse, auf die Notwendigkeit des sozialistischen Staates zu schließen. Aber auch die bisherige Wirtschaftspolitik gibt dazu keinen Anlaß. Zwar ist das Eingreifen des Staates in die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr viel umfangreicher geworden, aber es dient in der Hauptsache gerade der Erhaltung der heutigen Wirtschaftsordnung, soll zumeist Übertreibungen des privaten Erwerbstrebens beseitigen, die Rücksichtslosigkeit der wirtschaftlichen Kämpfe mildern. Zur Beschaffung der Mittel für die gestiegenen Staatsaufgaben und wegen ihrer allgemeinen Bedeutung sind auch manche Tätigkeiten dem privaten Erwerbstreben ganz entzogen und in Staatsbetrieb genommen worden, wie die Eisenbahnen usw. Aber selbst wenn das sich ausdehnte — und das wird nach dem Kriege vor allem aus finanziellen Gründen zweifellos geschehen —, würde das immer nur vereinzelt bleiben und für die große Masse der Güter den freien Verkehr und die darauf beruhende Preisbildung nicht aufheben.

Daß die individualistische Wirtschaftsordnung unter den gewaltigen Umwälzungen, die der Krieg mit sich brachte, nicht zusammengebrochen ist, sondern daß sie sich viel besser bewährt hat, als selbst ihre Anhänger vorher zu behaupten gewagt hätten, wurde schon erwähnt. Es ist sicher, daß sich eine allgemeine Staatswirtschaft weniger rasch und weniger vollkommen den Umwälzungen des Krieges, vor allem auch der Entziehung von

Arbeitskräften angepaßt hätte. Wo würde, um nur ein Beispiel anzuführen, unser Heer bleiben, wenn in den heutigen privaten Erwerbszweigen ebensoviel Leute als unabkömmlich erklärt werden müßten, wie das bei den Staatsstätigkeiten der Fall ist. Die private Wirtschaftstätigkeit wird in Gang erhalten, trotzdem ihr, wie z. B. in der Landwirtschaft, Millionen von Arbeitskräften entzogen werden. Wäre das auch im sozialistischen Staate möglich?

Die Notwendigkeit des Sozialismus läßt sich also aus der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung sicherlich nicht beweisen, und es bleibt jetzt noch die Frage, ob denn die vorgeschlagene neue Wirtschaftsordnung, die allgemeine Verstaatlichung der Produktionsmittel, so große Vorzüge aufweist, um ihre Durchführung angezeigt oder zweckmäßig erscheinen zu lassen. Diese Vorzüge könnten nur in einer vollkommeneren Bedarfsbefriedigung aller Glieder des Volkes oder in einer gerechteren Verteilung ihrer Produkte bestehen. Beides hat der Sozialismus zu beweisen sich bemüht. Doch auch hier wiederum meist in negativer Art, durch Hinweis auf die Mängel der jetzigen Wirtschaftsordnung. Bezüglich des ersten Punktes hat man darauf hingewiesen, daß die Produktion auf der Grundlage des privaten Erwerbstrebens und weitgehender Spezialisierung sich heute in einem anarchischen Zustand befinde, jede rationelle Anpassung der Produktion an den Bedarf fehle. Bei der allgemeinen Verstaatlichung der Produktionsmittel würden große Ersparungen an Arbeitskraft, Arbeitszeit und Produktionsmitteln gemacht werden können. Der sozialistische Staat könne daher mit geringeren Aufwendungen die Bedürfnisse aller Mitglieder ebenso vollkommen befriedigen. Er sorge gleichzeitig — das ist der zweite Punkt — für eine gerechtere Verteilung an Stelle der heutigen großen Ungleichheit der Einkommen und Vermögen.

Ist das nun richtig? Was den ersten Punkt betrifft, so unterliegt es, glaube ich, nicht dem geringsten Zweifel, daß zum mindesten an eine so vielseitige Bedarfsversorgung, wie sie heute durch das private Erwerbstreben ermöglicht wird, im sozialistischen Staate nicht gedacht werden kann.

Der Glaube, daß durch die allgemeine Regelung der Produktion von Staats wegen die Produktivität stark gesteigert werden könne, ist eine Vermutung, die durch nichts bewiesen ist. Im

Gegenteil hat sich bisher immer gezeigt, daß der Staatsbetrieb teurer wirtschaftet als private Unternehmer, insbesondere auch einen größeren Beamtenapparat gebraucht. Denn das Pflichtgefühl der Beamten ist doch kein so großer Hebel zur Anspannung aller Kräfte wie das Erwerbsinteresse. Und denkt man sich das auf alle Arbeitskräfte ausgedehnt, so ist klar, daß im sozialistischen Staate nicht so intensiv gearbeitet werden würde wie jetzt. Die geringe Arbeitszeit im Sozialistenstaate, mit der seit Morus die Sozialisten für ihre Utopien Stimmung zu machen suchen, ist eine Unmöglichkeit oder würde die Menschen auf das unbedingt zum Leben Notwendige unter Verzicht auf alle Unnehmlichkeiten beschränken. Der Sozialismus müßte zur äußersten Beschränkung und absoluten Uniformierung aller Bedürfnisse führen. Es fehlte der Anlaß zu jeder Verbreitung neuer Bedürfnisse und damit schließlich auch der zu technischem Fortschritt. Eine allgemeine Organisation der Produktion durch den Staat wäre möglich auf ganz primitiver Kulturstufe, bei völlig stabilen Verhältnissen der Wirtschaft und Technik, bei allgemeiner Beschränkung auf das zum Leben Notwendigste und gleichzeitig unter Anwendung eines allgemeinen Zwanges, den die heutigen Menschen, wie übrigens zahlreiche Versuche sozialistischer und kommunistischer Gemeinden gezeigt haben, nie lange ertragen würden. Wohl wäre es auch heutzutage vorteilhaft, wenn für manche Produkte die Nachfrage etwas stabilisiert werden könnte. Aber es ist sicher, daß es kein Wirtschaftssystem gibt, das das Angebot den jeweiligen Bedürfnissen und ihrem Wechsel so anzupassen vermag wie das heutige. Heute bestimmen die Bedürfnisse das Angebot und damit den ganzen wirtschaftlichen Organismus, in der Gemeinwirtschaft würde der Staat die Bedürfnisse bestimmen.

Von noch größerer Bedeutung ist aber der zweite Punkt. Wieviel soll der Staat produzieren lassen und nach welchen Gesichtspunkten soll die Verteilung der Produkte erfolgen? Da sind die abenteuerlichsten Vorschläge gemacht worden, deren Undurchführbarkeit sich bei näherer Betrachtung von selbst ergibt. Ich kann nur mit wenigen Worten darauf eingehen. Der verbreitetste ist die Verteilung der Produkte nach der Arbeitszeit, die ihre Herstellung erforderte. Aber wie ist sie feststellbar bei den zahllosen Produkten, bei welchen Maschinen

und Arbeitskräfte in der kompliziertesten Weise zusammenwirken? Und wie ist die erforderliche Arbeitszeit zugrunde zu legen z. B. bei der Feststellung des Preises für eine Fahrt auf der Trambahn, auf der Eisenbahn, für den Eintritt ins Theater, für den Besuch eines Konzerts und für Tausende anderer Güter und Leistungen? Es ist klar, daß dieser Gedanke, die Arbeitszeit als Grundlage für die Bestimmung eines Tauschwertes der Güter zu benutzen, eine geradezu kindliche Naivität ist, ein Prinzip, das nicht einmal in der einfachsten Wirtschaft durchzuführen wäre, geschweige denn bei den heutigen ungeheuer mannigfaltigen Bedürfnissen und dem komplizierten technischen Ineinandergreifen zahlloser Arbeitskräfte.

Die sozialistische Theorie, die glaubt, das heutige Verteilungsprinzip, das ja in der Tat große Ungleichheit der Einkommen herbeiführt, durch ein besseres ersetzen zu können, sieht nicht, daß sie bei ihren Vorschlägen, die Preisbildung durch den freien Verkehr zu beseitigen, doch immer wieder an sie anknüpft. Diese legt man zugrunde, und wenn heute der sozialistische Staat eingeführt würde, könnte man ja in der Tat von den bisherigen Preisen ausgehen, würde aber damit natürlich ebensowenig alle Kreise zufriedenstellen wie bisher. Wie aber, wenn sich nun in den Nachfrageverhältnissen oder in den Kosten, der Produktion oder auch selbst in den Geldverhältnissen etwas ändert, nach welchem Maßstab soll dann die Preisfestsetzung erfolgen? Und wie soll überhaupt die Produktion der stets wechselnden Nachfrage angepaßt werden, die sich auf immer neue Güter wirft? Es gibt keinen äußeren Maßstab dafür. Bisher hat noch niemand zu zeigen vermocht, wie das private Ertragsstreben als Regulator des Angebots und damit der Preisbildung durch eine andere Wirtschaftsordnung zu ersetzen sei.

IV. Was leisten Individual- und Sozialprinzip tatsächlich?

Die Auffassung des Sozialismus, daß es leicht sei, an die Stelle der bisherigen Preisbildung ein System staatlicher Produktion und Preisfestsetzungen durchzuführen, hat darin seinen Grund, daß die gesamte nationalökonomische Wissenschaft glaubte, in jedem Preise einen Wertausdruck, und zwar ein spezielles

Entgelt für die bestimmte tauschwirtschaftliche Leistung erblicken zu können. Man glaubte also an eine Proportionalität zwischen Preis und Leistung und damit auch zwischen Einkommen und Leistung. In Wahrheit fehlt aber jeder Maßstab, das Einkommen des einzelnen nach seiner Leistung zu bestimmen, und auch der Preis im freien Verkehr ist keineswegs proportional der auf die Güter verwendeten Arbeit, sondern er ist ein Ergebnis von Ertragskämpfen, die zu Preisen führen, die je nach der tauschwirtschaftlichen Konstellation der Anbieter und Abnehmer bald hoch über den Kosten stehen, bald sie knapp decken können. Das private Erwerbsstreben aber bewirkt, daß da, wo höhere Erträge in Aussicht stehen, auch mehr Konkurrenten zufließen, so daß ein Ausgleich erfolgt und die Bedürfnisse im allgemeinen im Verhältnis ihrer Intensität befriedigt werden. Man hat diesen Mechanismus der Preisbildung, diesen Zusammenhang mit den Bedürfnissen, den ich hier nicht näher auseinanderlegen kann, bis in die neueste Zeit hinein nicht recht verstanden, und so kann man der sozialistischen Theorie kaum einen großen Vorwurf daraus machen, daß sie an dem früher allgemeinen Glauben, daß der Wert und Preis der Güter auf der in ihnen verkörperten Arbeit beruhe, festgehalten hat.

Gewiß ist diese Regulierung des Angebots und damit die Versorgung der Nachfrage durch das Erwerbsstreben keineswegs vollkommen, aber sie funktioniert doch gegenüber dem ungeheuer spezialisierten heutigen Bedarf besser als jede andere Regelung, die man sich bisher denken konnte. „Das private Ertragsstreben — so habe ich an anderer Stelle ausgeführt¹⁾ — ist dasjenige Organisationsprinzip, welches es in der vollkommensten Weise ermöglicht, die wir kennen, daß im großen und ganzen jeder Mensch sich den Teil am Lebensgenuß verschaffen kann, der seinen Leistungen für andere entspricht.“ Im großen und ganzen ist also durch die freie Konkurrenz, die freie Betätigung des Ertragsstrebens doch das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung im Tauschverkehr gewahrt, die seltenen Leistungen, die besonderen Begabungen erzielen auch höhere Erträge. Eingeschränkt wird das nur durch das Erbrecht, durch die Vererbung von Kapitalien, die ein Einkommen ohne jede Leistung ermöglichen.

¹⁾ Die Unternehmungsformen. Stuttgart 1912.

Es bedeutet aber ein kindliches Vertrauen in den Staat und die Eigenschaften der Menschen, die ihn leiten, anzunehmen, daß die Verteilung der Einkommen durch ihn mehr im Sinne der Gerechtigkeit erfolgen könne als jetzt. Schon weil es an einem Maßstab dafür völlig fehlt, ist das unmöglich. Die Verteilung der Einkommen durch den Staat aber würde die wirtschaftlichen Kämpfe nur auf das politische Gebiet übertragen, es würde um die günstigsten Beamtenstellen, die Macht, sie zu besetzen, und um den Einfluß auf die Verteilung gekämpft werden, und von einem gerechteren Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung im Tauschverkehr würde keine Rede sein.

Durchaus verkehrt ist es auch und beruht auf falschen theoretischen Anschauungen, wenn viele Nationalökonomien annehmen, daß die zahlreichen modernen Vereinigungen mit monopolistischen Zwecken, die Kartelle, Gewerksvereine usw., die Preisbildung durch das private Erwerbsstreben schon längst beseitigt hätten. Sie sind im Gegenteil eine Erscheinungsform desselben, und je mehr sie Erfolg haben, um so mehr rufen sie neue Konkurrenz auf den Plan. Übermäßiger Ausnützung monopolistischer Stellungen in einzelnen Fällen wird der Staat durch wirtschaftspolitisches Eingreifen entgegenzutreten müssen. Überhaupt ist ja keineswegs gesagt, daß er die Preisbildung des freien Verkehrs ganz sich selbst überlassen soll. Er kann in zahlreichen Fällen regelnd eingreifen und auch für manche Güter staatliche Preisfestsetzungen vornehmen. Aber diese erfolgen, wie wir schon erwähnten, dann immer im Anschluß an die allgemeine Preisbildung des freien Verkehrs, sind eingepaßt in den durch ihn bewirkten Zusammenhang aller Preise und sind daher keine Veränderung unserer Wirtschaftsordnung. Durch Zollmaßregeln, Steuern u. dgl. erfolgt dieses Eingreifen in die Preisbildung ja heute schon in größtem Umfange.

An die Stelle der Preisbildung durch den freien Verkehr, durch das private Gewinnstreben eine Übernahme der Produktion und Verteilung durch den Staat treten zu lassen, daran könnte nur bei einer ungeheuren Vereinfachung der gesamten Bedarfsversorgung, bei völlig stabilen Wirtschaftsverhältnissen, bei Verzicht auf jeden technischen und kulturellen Fortschritt gedacht werden. Es müßte das zu einer vollkommenen Stagnation im Leben eines Volkes führen. Es ist möglich, daß in Zukunft

einmal bei diesem oder jenem Volke ein solcher Beharrungszustand eintritt, aber trotzdem ist es nicht wahrscheinlich, daß er dort zum Sozialismus führt, weil er eben auch nur bei völliger Isolierung durchführbar wäre und es höchst fraglich ist, ob eine solche Isolierung von anderen Staaten überhaupt jemals möglich wäre. Einstweilen sind wir in Deutschland jedenfalls von einer solchen Stufe des Stillstandes noch weit entfernt, und deswegen ist an eine Verwirklichung des Sozialismus nicht zu denken.

Wenn aber auch der sozialistische Staat einmal eingeführt werden würde, einen Fortschritt wird er niemals darstellen. Er ist eine unendlich viel primitivere Wirtschaftsordnung als die heutige, und man hat ihn nur deswegen als ein Ideal hingestellt, weil man eine vollkommenere nicht auszudenken vermochte. Im großen und ganzen kann man sagen, daß die Einwendungen des Sozialismus gegen die heutige Wirtschaftsordnung unbegründet sind, vielfach auf einem völligen Mißverstehen ihres Organismus beruhen und ihre Schäden übertreiben. Am meisten Berechtigung scheint mir noch seine Bekämpfung des privaten Erbrechtes zu haben, welches heutzutage in der verschiedensten Weise die Erzielung arbeitsloser Einkommen ermöglicht. Aber es hängt so eng mit den tiefsten Wurzeln des menschlichen Lebens, mit der Familie und der Blutsverwandtschaft zusammen, daß seine Beseitigung eine vollkommene Umgestaltung nicht nur der Wirtschaftsordnung, sondern auch aller Familienbeziehungen herbeiführen würde. Über die Einführung einer allgemeinen Erbschaftsteuer, die natürlich mit den herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen wohl vereinbar wäre, wird unten noch zu reden sein.

Durchaus von der Hand zu weisen sind ferner die heutigen, auch von nicht sozialistischer Seite gemachten Einwendungen gegen unsere Wirtschaftsordnung, daß die Verfolgung des Erwerbstriebes den ethischen Grundsätzen widerspreche, daß sie unmoralisch sei und daß nur der Dienst für die Allgemeinheit, nicht die Verfolgung individueller Zwecke der Arbeit Würde verleihe. Zugegeben, daß das Erwerbstreben auch zu Auswüchsen führt, so kann doch der Staat diese ohne besondere Schwierigkeiten eindämmen, wie das z. B. durch die Wuchergesetzgebung mit großem Erfolg schon länger, durch Bestimmungen über den unlauteren Wettbewerb u. dgl. in neuerer Zeit auch mehrfach geschehen ist. Es wäre aber höchst kurzfristig, anzunehmen, daß

eine irgendwie organisierte Einkommensverteilung durch den Staat moralischer wirken würde als die Betätigung des Erwerbstrebens. Denn dieses würde durch die Jagd nach den besser dotierten Beamtenstellen ersetzt werden, und da im sozialistischen Staat alle Beamte sind, würde das zu einer ungeheuren Korruption führen, gegen welche die Korruption, die heute schon in demokratischen Staaten aus dem Kampfe um die beste Staatsversorgung sich ergibt, ein Kinderspiel ist.

Daß die menschliche Natur sich durch Einführung der Gemeinwirtschaft ändern würde, daß die Menschen weniger egoistisch werden würden, ist durchaus zu bezweifeln. Vielmehr ist es sicher, daß, um die Korruption jenes Kampfes um die besten Beamtenstellungen zu vermindern, wohl sehr bald auf den Sozialismus der Kommunismus folgen, d. h. allgemeine Gleichheit der Einkommensverteilung festgesetzt werden müßte. Das aber würde nur die Prämierung der Faulen, den Verzicht auf jeden Antrieb zur Betätigung, auf jede Anspannung der Kräfte bedeuten. Baldige völlige Stagnation des Volkes wäre das sichere Ziel.

Daher ist es mir durchaus unverständlich, wie man ernsthaft es als einen Fortschritt auffassen kann, wenn „unser Wirtschaftssystem nicht mehr wie bisher von rein ökonomischen, sondern — in entscheidender Weise — von sozialen und politischen Kräften bestimmt und beeinflusst wird“ (Jaffé, a. a. O., S. 28). Wenn die wirtschaftlichen Erfolge der Menschen, der Umfang ihrer Bedarfsversorgung abhängig wären von ihrem politischen Einfluß, würde das zu einer Verschärfung der politischen Kämpfe führen, die im Interesse des ganzen Volkes aufs tiefste zu beklagen wäre. Gerade das Gegenteil ist zu hoffen. Die wirtschaftlichen Kämpfe mögen bleiben, denn sie sind mit einer im Aufstreben begriffenen Volkswirtschaft unzertrennlich. Aber die Regierung und die Politik soll über den wirtschaftlichen Interessengruppen stehen. Nur weil wir dieses Prinzip in Deutschland aufrechterhalten haben, hat trotz der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe unsere Verteidigungsfähigkeit nach außen nicht gelitten, nur so ist es uns gelungen, uns aller unserer Feinde zu erwehren. Bei diesem Prinzip muß es auch in Zukunft bleiben; aber man erkennt, wie gefährlich es wäre, sozialen Weltverbesserern nachzugeben, die ihre Pläne auf eine völlige Umwandlung der menschlichen Natur begründen, ohne zu prüfen, ob diese auch wirklich eingetreten ist.

Wir sind also zu dem Resultat gekommen, daß bei den Beziehungen der Menschen zueinander Individual- und Sozialprinzip immer zusammenwirken müssen, daß wir insbesondere auf dem Gebiete des Gesellschaftslebens eine Ausdehnung des Sozialprinzips, wie sie der Krieg anbahnte, eine Verminderung der Klassengegensätze erhoffen dürfen, daß aber auf dem Gebiete der Wirtschaftsordnung ein starkes Hinneigen zum Sozialprinzip keinen wirtschaftlichen Fortschritt bedeuten würde. In Wirklichkeit sind auch die sozialen Beziehungen der Menschen, wie schon eingangs betont, niemals ausschließlich durch das eine oder das andere Prinzip bestimmt gewesen. Es besteht vielmehr eine eigentümliche Art der Selbstregulierung zwischen beiden Prinzipien. Auch für die Erscheinungen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens gilt, kann man sagen, ein Gesetz von der Erhaltung der Energie, die ihre Form wandelt, aber in ihrem Ziel, dem Schicksal des Volkes, seiner Bestimmung, gleich bleibt. Sozial- und Individualprinzip sind beide nur Extreme der Organisation des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, die in dieser Weise nie allein vorkommen, sondern immer nur in verschiedener Mischung miteinander. Niemals ist der Tauschverkehr und die Gesellschaftsordnung ausschließlich durch das Individual- oder ausschließlich durch das Sozialprinzip bestimmt gewesen, sondern die ganze Geschichte der Formen menschlichen Zusammenlebens zeigt eine Mischung beider mit stärkerem Vorwiegen bald des einen, bald des anderen. Und die Erhaltung der Energie besteht in der eigentümlichen Weise, wie das eine Prinzip, auf die Spitze getrieben, von selbst das andere ins Leben ruft. Hier gilt der Satz, daß sich die Extreme nicht nur berühren, sondern erzeugen. Ein Übermaß von Individualprinzip im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben erzeugt von selbst neue Formen des Sozialprinzips, stärkere Hinneigung zur Schaffung sozialer Lebensformen; sind diese zu überwiegend vorhanden, so entwickelt sich von selbst ein stärkerer Individualismus. Der Grund dafür liegt eben in der Stellung des einzelnen Menschen zur Gesamtheit. Er kann keine völlige Unterwerfung unter die Gesamtheit vertragen, die Gesamtheit aber auch nicht völlige Unterordnung unter den einzelnen. Der einzelne Mensch kann nicht leben, ohne sich auch einmal als Selbstzweck zu fühlen, aber wenn er sich zu einseitig durchsetzt, stößt er mit den Zwecken aller

anderen einzelnen zusammen, und so wird eine Ordnung nötig, die bald mehr das Individuum bindet und einengt, bald ihm größere Freiheit läßt.

Auf dem Gebiete der Wirtschaftsordnung zeigt sich diese Umwandlung der Energieformen z. B. in dem Verhältnis von Monopol und Konkurrenz. Eine Wirtschaftsordnung, ausschließlich auf dem einen oder dem anderen Prinzip beruhend, hat es nie gegeben. Das Wirtschaftsleben ist immer eine Kombination beider gewesen, immer wirkten beide nebeneinander, aber einmal dieses, einmal jenes überwiegend, und immer hat das eine Prinzip, wenn es zu einseitig vorhanden war, von selbst neue Formen des anderen erzeugt. Selbst in der Zeit weitestgehender Regelung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens durch das Sozialprinzip, in der mittelalterlichen Stadtwirtschaft, im Zunftwesen, war doch der freie Tauschverkehr, das Erwerbstreben nicht aufgehoben, sondern war letzten Endes die Grundlage, an die die staatliche Regelung, die obrigkeitlichen Preisfestsetzungen anknüpften. Die Geldwirtschaft wäre ohne freien Tauschverkehr, wie er im Handel immer bestand, ja niemals aufgekommen, die Preisregelung wäre nicht möglich gewesen, wenn sie nicht an die Preisbildung des freien Verkehrs hätte anknüpfen können.

Als schließlich das Gewerbe in der Gebundenheit des Zunftwesens zu erstarren drohte, setzte sich von selbst ein größerer Individualismus durch, es begann die Epoche der freien Konkurrenz, die den modernen Großbetrieb geschaffen hat. Sie hatte ihren Höhepunkt erreicht, und man gewöhnte sich daran, den Individualismus als das alleinseligmachende, das „natürliche“ Prinzip des Wirtschaftslebens zu betrachten, da begann sie von selbst in ihr Gegenteil umzuschlagen: aus dem Übermaß der Konkurrenz entwickelte sich von selbst das Monopol der Gewerksvereine, der Kartelle und Trusts. Und bei diesen sehen wir nun wieder, wie eine zu weit getriebene Monopolstellung neue Konkurrenz erzeugt. So wechseln die beiden wirtschaftlichen Energieformen miteinander ab, und das staatliche Eingreifen kann nur den Zweck haben, hier fördernd, dort hemmend zu wirken und die Tendenzen zur Selbstregulierung des Wirtschaftskörpers zu unterstützen.

Das gilt auch für das ganze gesellschaftliche Leben, das ja durch die Wirtschaftsordnung in der stärksten Weise beeinflusst wird. Die soziale Gleichmacherei der mittelalterlichen Stadtwirt-

schaft ließ sich nicht mehr aufrechterhalten, der Individualismus erzeugte mit dem aufkommenden Großbetrieb schärfere soziale Gegensätze. Er erzeugte aber auch damit alsbald selbst wieder sein Korrektiv, eine größere Ausdehnung des Sozialprinzips, indem er das Klassenbewußtsein stärkte und zunächst die Arbeiter, dann auch die Unternehmer in starken gemeinsamen Organisationen zusammenführte. Auch die Politik gelangte mit der Arbeiterversicherung, der Förderung des Genossenschaftswesens und anderen Maßnahmen zu einer Unterstützung der Wirksamkeit des Sozialprinzips gegen den Individualismus.

Man darf aber nicht annehmen, daß das nun zu einem Extrem des Sozialprinzips, zu einer völlig auf dem Sozialismus aufgebauten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führen werde. Vielmehr ist es aus verschiedenen Gründen wahrscheinlich, daß die Periode eines überwiegenden Sozialprinzips ihren Höhepunkt schon bald erreicht hat. Der Krieg brachte zunächst eine gewaltige Energiesteigerung des deutschen Volkes auf Grund des Sozialprinzips. Jetzt wurde die gesellschaftliche Energie eine Massenerscheinung. Sie äußerte sich in der Organisation unserer Landesverteidigung in so großartigem Maße, wie es noch nie vorgekommen war und wie es auf dem wirtschaftlichen Gebiete auch nie der Fall sein wird. Alle Kräfte des Volkes konzentrierten sich auf ein einziges Ziel. Das ist nur denkbar, wenn es sich um seine ganze Existenz, seine Unabhängigkeit, seinen heimatlichen Boden handelt. Diese Form der Energieverausgabung kann daher auch nicht dauernd Bestand haben, der Mensch kann nicht dauernd nur als Teil des großen Ganzen leben. Er hat auch andere Aufgaben als die, ein winziger Teil eines großen sozialen Ganzen zu sein, und würde seine individuellen Aufgaben nicht erfüllen können, wenn er nicht auch wieder einmal sich selber lebte. So muß nach dem Kriege die individuelle Energie wieder aufleben und wird gerade auf wirtschaftlichem Gebiete ein Hauptfeld für ihre Betätigung finden.

V. Die Bedeutung des Individualprinzips nach dem Kriege

Sollen wir das aber beklagen, wenn nach dem Kriege die wirtschaftlichen Kämpfe von früher sich weiter fortsetzen? Oder sollen wir wünschen, daß bald der Zustand erreicht werde, bei

dem die ganze Bedarfsbefriedigung durch den Staat schön einheitlich geordnet ist, alle nur Staatsbeamte sind, jeder Antrieb zu eigener Betätigung, sich selbst sein Leben zu gestalten, mehr zu leisten als andere, fehlt? Sollen wir wünschen, daß der Sozialismus baldigst zur Durchführung gelange, dürfen wir uns davon in irgendeiner Weise Vorteil versprechen, sei es für den einzelnen, sei es für das Volk als Ganzes, sei es endlich für die Beziehungen zwischen den Nationen? Ich glaube nicht, ich glaube im Gegenteil, daß wir nach dem Kriege mehr denn je der wirtschaftlichen Energie des einzelnen bedürfen. Das schließt aber nicht aus, daß mit der Steigerung des Individualprinzips, derer wir bedürfen, um die Schäden des Krieges zu überwinden, auch gleichzeitig eine stärkere Wirksamkeit des Sozialprinzips Hand in Hand geht, vor allem auf dem Gebiete der gesellschaftlichen Verhältnisse, daß man insbesondere die Klassen-gegensätze und ihre politischen Äußerungen zu mildern sucht. Die gesteigerte Energie, die das deutsche Volk aufzuwenden haben wird, um den Krieg zu überwinden, wird eben in beiden Formen zu neuen Bildungen führen, um das Kräfteverhältnis zwischen beiden Prinzipien nicht zu sehr zu verschieben.

Das aber ist sicher, daß wir der individuellen Energie im Wirtschaftsleben nach dem Kriege mehr als je in Deutschland bedürfen. Allein schon aus wirtschaftlichen Gründen. Die wirtschaftlichen Lasten des Krieges werden auch bei glücklichstem Ausgang in die Milliarden gehen. Die Kosten für die Hinterbliebenen-, Veteranenfürsorge u. dgl. werden jetzt schon auf weit über eine Milliarde jährlich geschätzt. Gewaltige Aufwendungen sind zu machen für Entschädigungen in den durch den Krieg verwüsteten Landesteilen, für die Ersetzung des durch den Krieg vernichteten Eigentums, für den Neubau des Heeres und der Flotte. Milliarden sind allein nötig für die Verzinsung und Rückzahlung der Kriegsschuld. Woher sollen alle diese Summen kommen? Doch nur aus der wirtschaftlichen Betätigung des deutschen Volkes, aus den Überschüssen seiner Erwerbstätigkeit. Denn wenn auch sicherlich durch Monopole, Tabaks-, Branntwein-, Petroleummonopol usw., dem Reiche neue Einnahmequellen geschaffen werden, so fließen diese doch nur, wenn das Volk in der Lage ist, deren Produkte zu kaufen. Gerade deswegen ist es ja so unsinnig, wie es oft geschieht, in der Einführung großer Finanzmonopole, die

zweifelloß nötig sein wird, einen Schritt zum Sozialismus zu sehen. Im Gegenteil, diese Monopole sind ein rein privates Erwerbsmittel der öffentlichen Körperschaften, die nur auf Grund der individualistischen Wirtschaftsordnung einen Zweck haben und die, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, auch ganz privatwirtschaftlich betrieben werden müssen. Einige Finanzmonopole sind daher nicht im mindesten eine Veränderung unserer Wirtschaftsordnung und eine Beseitigung des privaten Gewinnstrebens, sondern setzen dessen allgemeine Geltendmachung gerade voraus.

Um die steuerlichen Lasten nach dem Kriege etwas zu vermindern, wird schon heute sehr allgemein eine Besteuerung der Kriegsgewinne gefordert. Das entspricht zweifellos dem Gedanken ausgleichender Gerechtigkeit. Man sollte sich durch die Bedenken, die doktrinaire Theoretiker dagegen schon jetzt erhoben haben, nicht abhalten lassen. Gewiß sind die Schwierigkeiten einer gerechten Gestaltung dieser Steuer groß, aber manche Härten, die mit ihr verbunden sein können, werden doch niemals auch nur entfernt so ungerecht wirken wie die Ungerechtigkeit, die in den kolossalen Kriegsgewinnen mancher Unternehmungen liegt. Die richtige Form für ihre Sonderbesteuerung wäre meines Erachtens eine kombinierte Einkommens- und Vermögenszuwachssteuer nach Art des Wehrbeitrags, die einen erheblichen Prozentsatz der seit der Veranlagung des letzteren erzielten Einkommens- und Vermögenszuwachses, einerlei welcher Herkunft, für das Reich konfiszieren könnte. Das wäre zwar auch keine Maßregel, die einen Schritt zum Sozialismus bedeutete, aber doch eine solche, die Ergebnisse des wirtschaftlichen Individualismus in gewissem Umfange für die allgemeinen Zwecke nutzbar machte.

In dieselbe Kategorie gehört auch eine Einnahmequelle, die das Reich, um seine künftigen Aufgaben zu erfüllen, auch in stärkerem Maße heranziehen wird als bisher und mit der man am ersten sozialistische Gedanken verbinden könnte, die Erweiterung der Erbschaftsteuer. Die Beseitigung des Erbrechts spielt ja in den sozialistischen Systemen als Mittel zur Herbeiführung ihres Ideals eine sehr große Rolle, und in der Tat, wenn das Erbrecht beseitigt würde, würde das Privateigentum an den Produktionsmitteln bald auch beseitigt sein, alle Erwerbsmittel würden bald dem Staate gehören. Aber deswegen würden

auch alle günstigen und notwendigen Wirkungen des Individualismus, die individuelle Energie im Wirtschaftsleben verloren gehen. Darum darf die Erbschaftsbesteuerung nur so weit gehen, daß das individuelle Erwerbsinteresse dadurch nicht beeinträchtigt wird. So weit sollte sie aber auch gehen, und davon sind wir insbesondere in Deutschland noch ziemlich erheblich entfernt. Auch hier sind natürlich die Schwierigkeiten der Durchführung groß und, wie bei allen Steuern, um so größer, je höher die Steuer ist. Die Durchführung einer hohen Erbschaftssteuer ist namentlich schwierig in der Landwirtschaft und überhaupt bei viel stehendem Kapital. Nichtsdestoweniger ist eine allgemeine Erbschaftssteuer mit hohen Sätzen auch für die Deszendenten, die bei sehr entfernten Verwandten in ein Erbrecht des Staates übergeht, die gerechteste Methode, auf dem Wege der direkten Besteuerung noch große Summen für den Staat zu beschaffen. Bei landwirtschaftlichen Gütern und Gewerbebetrieben wäre diese Steuer in Raten zu zahlen und eventuell als Amortisationshypothek auf dem Grundstück einzutragen.

Aber nicht nur aus Gründen der Steuerkraft ist eine Neubelebung der wirtschaftlichen Energie und damit eine neue Entfaltung des Individualprinzips nach dem Kriege erforderlich. Die Aufgaben, die das deutsche Volk in der Welt zu erfüllen hat, verlangen nun einmal die größte Anspannung aller seiner Glieder. Wir können keine Weltmacht sein, wenn wir uns begnügen wollten, das Volk der Dichter und Denker zu bleiben. Die Herrschaft im Reiche der Ideen, in den reinen Geisteswissenschaften, die uns die anderen Völker, insbesondere die auf das Praktische gerichteten Engländer, gern lassen wollen, kann uns nicht genügen. Wir haben auch andere Aufgaben zu erfüllen und sie im letzten Menschenalter, mit der Entwicklung unserer Industrie, unseres Überseehandels, unserer Kolonien, schon in die Hand genommen. Und gerade der Umfang, in dem wir England, das älteste Industrieland, auf vielen Gebieten überflügelt haben und es selbst und alle anderen Völker für viele Produkte in Abhängigkeit von uns gebracht haben, beweist, wie wir mit unserer industriellen Entwicklung, unserer wirtschaftlichen Energie und unserem Organisationstalent den allgemeinen Fortschritt gefördert haben, an dem wir, mit den Vereinigten Staaten, von allen Völkern weitaus den größten Anteil gehabt haben.

Es gibt nun offenbar auch in Deutschland selbst eine ganze Reihe von Leuten, die sagen: Was wollen wir mit unseren Ausdehnungsbestrebungen, den imperialistischen Tendenzen, der Behauptung unserer Weltmachtsstellung? Sie verwickelt uns in Kämpfe mit allen anderen Nationen, während wir besser täten, mit der Pflege der Wissenschaften und Künste jene rein geistige Kultur zu fördern, die uns eigentümlich ist und die die Gegner, die uns Barbaren nennen, insbesondere die Franzosen mit ihrer rein formalen Ausdruckskultur, niemals verstehen werden. Solche Romantiker, die das alte verträumte Dornröschen-Deutschland erhalten sehen möchten, wie es uns auch die Engländer gern als unser Ideal hinstellen, übersehen, daß wir gar nicht die Wahl haben, ob wir in dieser Weise im verborgenen blühen oder unsere Weltmachtsstellung behaupten und vielleicht noch erweitern wollen. Denn die Weltgeschichte selbst weist uns unsere Aufgabe zu. Wir werden Europa einmal gegen den Anprall der Slawen zu verteidigen haben, und wenn wir uns nicht groß und mächtig, reich und tatkräftig erhalten, werden wir durch sie erdrückt werden. Dann würden wir der russischen Dampfwalze, welche unsere westlichen Gegner in furchtbarer Kurzsichtigkeit über ihre eigene Zukunft gestärkt und gegen uns geheßt haben, nicht mehr Widerstand leisten können. Und ferner, wenn auch die anderen Völker die Abhängigkeit von England und seiner einseitigen Seeherrschaft, die ganze Länder vom internationalen Verkehr absperren kann, ertragen wollen und ihm sogar noch Handlangerdienste leisten: wir kämpfen für die Freiheit der Meere, die es nicht duldet, daß ein Land alle wichtigen Welthandelsstraßen sperren kann, und kämpfen damit auch für die Interessen der Franzosen und Italiener, die jetzt als Vasallen Englands glauben, für seine Seeherrschaft das Schwert ziehen zu müssen, und für die Vereinigten Staaten, die jetzt nur aus kurzsichtiger Profitgier die englische Seeherrschaft durch Munitionslieferungen unterstützen. Also nicht um die Frage handelt es sich, ob wir ein beschauliches Dasein als Volk der Dichter und Denker führen oder ob wir Weltpolitik treiben und darum in fortwährenden Kämpfen stehen wollen, sondern es handelt sich um Sein oder Nichtsein. Ebenso wie wir jetzt schon längst im Kriege unterlegen wären, wenn wir nicht den Weg des großen Industrievolkes beschritten, die höchste Technik entwickelt, gleichzeitig aber unsere Landwirtschaft gestärkt und mit

beiden uns in entscheidenden Punkten unabhängig vom Auslande gemacht hätten, ebenso würde es auch in Zukunft sein, wenn wir jetzt erlahmen und uns von den anderen Nationen überflügeln lassen würden. Wenn wir nicht fortschreiten, alle Kräfte anspannen und zusammenfassen, schreitet die Weltgeschichte über uns hinweg.

Deswegen ist es von so ungeheurer Wichtigkeit, daß wir alle Phantastereien aus dem Denken und den Zielen unseres Volkes verbannen, uns vielmehr ganz auf den Boden der Wirklichkeit stellen und den Aufgaben, die uns nun einmal gestellt sind, klar ins Auge sehen. Zu solchen Phantastereien, die unseren Blick gegenüber unseren wirklichen Aufgaben trüben, gehört auch der Gedanke des sozialistischen Zukunftsstaates, gehört die ganze sozialistische Lehre von einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die wir herbeiführen müssen auf der Grundlage des extremen Sozialprinzips. Das Streben nach diesem Ideal hält viele Kräfte unseres Volkes, nicht nur der Arbeiter, ab von der Tätigkeit für seine wirklichen Aufgaben, veranlaßt viele zu Forderungen, die nicht erfüllt werden können, nährt Hoffnungen, die sich nicht verwirklichen lassen, verschärft die politischen Gegensätze und verschließt den Blick für den schweren Kampf des deutschen Volkes um seine Stellung nach außen. Besonders führt es die sozialistischen Arbeiter zu einem unheilvollen Internationalismus, der auch wiederum die Erkenntnis der nationalen Notwendigkeiten und Gefahren verdunkelt. Das internationale Proletariat hat den Krieg nicht zu verhindern gewußt, wird das auch in Zukunft nicht vermögen; aber es ist bezeichnend, daß man der deutschen Sozialdemokratie vorzuwerfen wagte, daß sie bei den Angriffen von allen Seiten das Vaterland mitverteidigte, während in Frankreich und England die Sozialisten sich nicht scheuten, einen offenbaren Angriffskrieg gegen Deutschland, seine schon lange vorbereitete Einkreisung mitzumachen und zu unterstützen. Es ist bezeichnend, daß deutsche Sozialisten es für nötig fanden, gegen solche auch von neutraler Seite erhobene Vorwürfe sich zu verteidigen, während man von Vorwürfen gegen den englischen und französischen Sozialismus, der nicht nur den Verteidigungs-, sondern auch den offensichtlichsten Angriffskrieg unterstützt, nichts gehört hat.

Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie, so anerkennenswert sie ist gerade angesichts des unglaublichen Doktrinarismus,

den sie früher immer bewiesen hat, und des Mangels an realem Verständnis für die Aufgaben Deutschlands, ist doch allein aus dem Interesse der Arbeiter selbstverständlich. Sie mußten trotz aller Utopien, denen sie nachjagten, jetzt, wo man Deutschland vernichten wollte, einmal Gegenwartspolitik treiben und erkennen, daß auch ihre Existenz vernichtet war, wenn Deutschland besiegt wurde. Es ist aber bemerkenswert, daß die deutschen Sozialdemokraten ihr Eintreten für den deutschen Krieg insbesondere auch damit motivierten, daß Deutschland der Mittelpunkt der sozialistischen Bewegung der ganzen Welt sei und daß eine Vernichtung oder Schwächung Deutschlands dem Ideal des Zukunftsstaates den schwersten Stoß versetzen müsse. Allein schon die Tatsache, daß dieses Phantasiebild einer neuen Wirtschaftsordnung ganz überwiegend nur in der Seele der deutschen Arbeiter wirksam ist und daß gerade das Land mit der entwickeltsten Arbeiterklasse, England, am wenigsten vom Sozialismus wissen will, sollte unsere Arbeiteridealisten stutzig machen und sie veranlassen, ihre Ideen der Weltbeglückung durch den Sozialismus aufzugeben, die nur ihnen selbst zum Schaden gereichen mußten.

Ist also schon das Streben nach dem sozialistischen Ideal für die Aufgaben, die Deutschland nach dem Kriege zu erfüllen hat, gefährlich, weil es die wirtschaftlichen Energien bindet, die wir zu entwickeln hätten, so wäre es noch viel bedenklicher, wenn man nun tatsächlich in irgendeiner Weise den Versuch machen wollte, es auch nur teilweise in Deutschland zur Durchführung zu bringen. Vor allen solchen Absichten kann nicht nachdrücklich genug gewarnt werden. Es würde das unter allen Umständen eine gewaltige Schwächung der wirtschaftlichen Energie bedeuten, die wir nach dem Kriege aufzuwenden haben, um seine Schäden zu beseitigen, und uns hindern, in dem Wirtschaftskriege, den unsre Gegner von Anfang an im Auge hatten, ebenso wie mit den Waffen unsern Mann zu stehen. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte: bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher, so ist er für uns verloren, wie er auch ausgehen möge, so haben wir mindestens seine Opfer vergeblich gebracht, ist er als Wirtschaftskrieg für unsere Gegner gewonnen.¹⁾

¹⁾ Als ich das in einem Vortrage behauptete, brachte ein sozialistisches Blatt, nachdem es zuerst den Ausspruch richtig wiedergegeben hatte, ihn bei der Kritik in der Form, ich hätte gesagt: „Eher darf der Krieg verloren

Deshalb ist es von der allergrößten Bedeutung, den Arbeitern begreiflich zu machen, daß sie nicht als deutsche Träumer einem unerfüllbaren Ideal nachjagen dürfen, indes ihnen durch unsere wirtschaftlichen und politischen Gegner die Grundlage auch ihrer Existenz unter den Füßen weggezogen wird. Es ist von der größten Wichtigkeit, ihnen begreiflich zu machen, daß die Beseitigung der heutigen Wirtschaftsordnung international unmöglich und national verderbenbringend ist, daß die Arbeiter anderer Länder, die mehr auf dem Boden der Wirklichkeit stehen, nicht daran denken, sie in der Praxis zu versuchen, und daß wir alle unsere Energie daran setzen müssen, unsere Stellung auf dem Weltmarkte wieder zu erringen und zu befestigen. Wir müssen den Arbeitern begreiflich machen, daß wir mit sozialistischen Experimenten die gewaltigen Mittel nicht aufbringen können, die die Beseitigung der Schäden des Krieges und die Behauptung unserer Stellung unter den Nationen auch in Zukunft kosten wird, und von der die Existenz der Arbeiterklasse ebenso abhängig ist wie die aller anderen Klassen des Volkes.

Wenn irgendein Volk nach dem Kriege sich mit sozialistischen Experimenten abgeben, den Sozialismus ausprobieren darf, so ist es nicht das deutsche, dem noch gewaltige weltpolitische Aufgaben bevorstehen, die die stärkste wirtschaftliche Rüstung erfordern, sondern das französische. Wenn Frankreich, das schon früher der Schauplatz so zahlreicher politischer Experimente gewesen ist, überhaupt noch eine große Aufgabe zu erfüllen hat, so ist es diese, wenn auch nicht an der Spitze der Zivilisation, so doch an der Spitze des Sozialismus zu marschieren. Es ist dazu am geeignetsten, seine Volkswirtschaft befindet sich im Beharrungszustande, weist schon längst nicht mehr die Aktivität auf, die Reime weiterer Entwicklung in sich trägt, die eine individualistische Wirtschaftsordnung erfordert. Hier mag man den Sozialismus ausprobieren, und Frankreich, das der Welt so viele Anregungen gegeben hat, mag, nachdem es seine Rolle als Weltmacht ausgespielt haben wird, noch den Ruhm ernten, den Menschen die Durchführung des Sozialismus geschenkt zu haben. Denn so sehr

gehen, eher sollten unsere erbittertsten Feinde auf dem Wirtschaftsmarkt die triumphierenden Sieger sein, als daß wir uns dem Sozialismus nähern!!“ Es ist ein trauriges Zeichen, daß jemand so etwas zu schreiben wagt.

wir auch von der Überlegenheit der individualistischen Wirtschaftsordnung bei einem im Aufsteigen begriffenen Volke überzeugt sind, ewigen Bestand wird auch dieses Wirtschaftssystem nicht haben. Und da auf der anderen Seite nicht anzunehmen ist, daß die gegenwärtige Periode technischer Erfindungen und Verbesserungen und darauf beruhender immer neuer wirtschaftlicher Organisationen und größter wirtschaftlicher Aktivität immer anhalten wird, so ist einmal mit einer Epoche der Stagnation, einem allgemeinen Beharrungszustand zu rechnen, der eine sehr viel stärkere Anwendung des Sozialprinzips ermöglicht. Wann aber und in welcher Form das geschehen wird, das läßt sich heute noch gar nicht sagen, und wir in Deutschland haben jedenfalls aus den angeführten Gründen keine Veranlassung, auf diesem Gebiete voranzugehen, und können das neidlos anderen überlassen. Für unsere Ziele und Aufgaben ist der Sozialismus heute eine Gefahr, und ihn als einen Idealzustand aus den Köpfen unserer Arbeiter zu vertreiben, eine Notwendigkeit in deren eigenstem Interesse.

VI. Unsere Aufgaben

Es ist nun sehr schwer zu sagen, inwieweit die Angehörigen der deutschen sozialdemokratischen Partei wirklich noch dem Ideal des Sozialismus huldigen und inwieweit die Partei nicht bloß eine soziale Reformpartei auf demokratischer Grundlage ist. Es ist wohl möglich, daß der Zukunftsstaat in dem Denken der deutschen Arbeitermassen nur eine geringe Rolle spielt, in der sozialistischen Literatur und Presse steht er aber immer noch im Hintergrund aller Erörterungen, und auch ihre Stellung zum Kriege wird, wie gesagt, stark durch die Erwägung bestimmt, daß er nur bei einem Siege Deutschlands eine weitere Förderung zu erwarten hat.¹⁾ Es wäre

¹⁾ Das geht auch aus der Stellung sozialdemokratischer Zeitungen zu meinem erwähnten Vortrage hervor. Daß dieser die sozialdemokratische Partei nicht angreift, sie nur daran erinnert, sich bei ihren Bestrebungen nicht durch das utopische Ideal des Staatssozialismus leiten zu lassen, das für uns verderblich wäre, das haben manche nicht verstehen wollen. Man hat in solchen Äußerungen, die doch nur das empfehlen, was innerhalb des Sozialismus die revisionistische Richtung selbst empfiehlt, sogar einen Bruch des politischen Burgfriedens gesehen. Das beweist, daß manche Sozialisten ihr Parteidogma und seine Aufrechterhaltung höher stellen als die

aber sehr erwünscht für das politische Zusammenarbeiten nach dem Kriege, wenn man eine deutliche Absage der sozialdemokratischen Partei an dieses Ideal erzielen könnte, oder wenigstens eine Erklärung, einstweilen von der Vertretung von Maßregeln zu seiner Verwirklichung abzusehen; mit anderen Worten, wenn die revisionistische Bewegung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die das bezweckt, zur allgemeinen Anerkennung gelangte, damit über die Stellung der Sozialdemokratie nach dem Kriege keine Unklarheiten bleiben. Eine Partei, die sich ausdrücklich auf den Boden der heutigen Wirtschaftsordnung stellt und nur innerhalb derselben soziale Reformen anstrebt, würde bei unserer inneren und äußeren Politik eine ganz andere Stellung einnehmen, als eine solche, deren Ziel wirtschaftliche und internationale Utopien sind.

Soziale Reformen brauchen wir natürlich in Deutschland noch mannigfach, obgleich wir damit in vielen Punkten vorgegangen sind und in mancher Hinsicht darin unsere Feinde, auch England, übertreffen. Überhaupt soll unsere Betonung der Notwendigkeit des Individualprinzips als Grundlage unserer Wirtschaftsordnung eine ausgedehntere Anwendung des Sozialprinzips keineswegs verhindern. Unser Grundgedanke ist ja, daß beide Prinzipien in richtigem Verhältnis zusammen wirksam sein müssen, und daß, wenn die größere wirtschaftliche Energie, die wir brauchen, sich nur auf der Grundlage des Individualprinzips verwirklichen läßt, dies keineswegs ausschließt, daß auf anderen Gebieten auch eine Ausdehnung des Sozialprinzips günstig wirken kann. Das gilt vor allem für die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Klassengegensätze. Es sollte alles getan werden, um die Klassengegensätze zu vermindern und die durch den Krieg, das gemeinsame Schicksal und gemeinsame Erleben geschaffene Annäherung — die schönste bisherige Wirkung des Krieges — aufrechtzuerhalten und zu vertiefen.

wirtschaftlichen Lebensinteressen des deutschen Volkes. Der deutsche Doktrinarismus, den wir gern Prinzipientreue nennen, ist eine Gefahr, die in allen Klassen unseres Volkes nicht leicht zu hoch veranschlagt werden kann. Einstweilen gebe ich aber die Hoffnung noch nicht auf, daß trotz ihrer Parteipresse viele Arbeiter einsehen lernen, daß die Erhaltung der individualistischen Wirtschaftsordnung für sie wie für uns alle eine Notwendigkeit ist, und ihre Beseitigung, die Ausschaltung des individuellen Ertragsstrebens, unseren Gegnern die wirtschaftliche Überlegenheit sichern würde.

Auch etwas demokratischer können wir wohl in vieler Hinsicht werden, allein schon unseres Rufes im Auslande wegen, wo eine seit langem systematisch betriebene Beeinflussung der Presse unsere politischen Einrichtungen mit denen Rußlands auf eine Stufe stellt. Insbesondere ist seit Jahren ein beliebtes Argument gegen uns der Hinweis gewesen, daß der Kaiser ohne Zustimmung des Reichstages den Krieg erklären könne, wie überhaupt über die Machtstellung des Kaisers die unklarsten Vorstellungen verbreitet sind und durch eine gewissenlose Presse immer noch verbreitet werden. Oft habe ich z. B. schon vor Jahren Amerikanern klarzumachen versucht, daß der amerikanische Präsident im großen und ganzen eine viel weitere Machtbefugnis hat als der Deutsche Kaiser, und daß dessen Stellung als oberster Kriegsherr, die im Auslande soviel kommentiert wird, nur richtig verstanden werden kann unter Berücksichtigung des sehr viel größeren Verantwortlichkeitsgefühls, das den Fürsten aus einem angestammten, seit Jahrhunderten mit dem Lande verslochtenen Herrscherhause beseelt im Vergleich mit einem durch Parteien gewählten Präsidenten oder Minister. Wenn sich das Ausland genauer über die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, unterrichten wollte, würde man erkennen, daß das deutsche Volk, trotzdem es bei der Kriegserklärung, die übrigens immer mehr eine nebensächliche Formalität geworden ist, nicht mitwirkte, genauer informiert wurde und nicht so durch einige wenige Machthaber getäuscht wurde wie das Volk in dem demokratischen England und Frankreich.

Wenn wir aber in mancher Hinsicht demokratischer werden könnten, so heißt das gewiß nicht in dem französisch-englischen oder gar im amerikanischen Sinne, wo die sogenannte Demokratie in der Herrschaft einer kleinen Gruppe skrupelloser Politiker, ehrgeiziger Advokaten oder spekulierender Finanzleute besteht. Sondern demokratischer sollten wir werden in jenem schon erörterten gesellschaftlichen Sinne, daß die Standesunterschiede und Klassen-gegensätze etwas mehr zurücktreten, daß manche Privilegien gewisser Klassen aufhören und allgemein anerkannt wird, daß alle Klassen zum Wohl des Ganzen ihr Bestes, und die unteren Klassen, die großen Massen, daher verhältnismäßig am meisten leisten. In diesem Sinne ist es z. B. eine demokratische Forderung, wie sie von allen Kreisen mit seltener Einmütigkeit erhoben wird, daß unsere Diplomaten hinfort weniger nach Herkunft und Ahnenreihe

als nach politischem Verständnis und diplomatischem Geschick ausgewählt werden und daß ähnliche Gesichtspunkte für alle höheren Stellen in der Regierung und im Heere Platz greifen.

Was wir brauchen, ist also nicht so sehr Demokratie, Massenherrschaft — Frankreich, England, Belgien, auch Italien zeigen, wie sehr eine solche in entscheidenden Augenblicken durch ehrgeizige Politiker irregeleitet werden kann —, sondern wir brauchen im Gegenteil Individuen, Persönlichkeiten, und die demokratischen Einrichtungen sind nur so weit gut, als sie dazu dienen, sie an die geeigneten Stellungen zu bringen. Und so kommen wir auch von dieser Seite wieder auf die Notwendigkeit des Individualprinzips zurück. Die Engländer, die als die einzigen unter unseren Gegnern, ebenso wie wir, wenigstens hier und da das Bedürfnis zu empfinden scheinen, den Gegner zu verstehen und seine Stellung im Kriege zu erklären, haben nicht ganz unrecht, wenn sie uns einen zu großen Unterordnungssinn, ein zu starkes Bedürfnis nach Führung, zu große Abhängigkeit des einzelnen von den anderen, den Mangel an Persönlichkeit vorwerfen. Es ist allerdings höchst einseitig, wenn sie auf diesen „Sklavensinn“, wie sie es gern nennen, auf den „Gamaschengehorsam“ unsere militärischen Erfolge zurückführen wollen und wenn sie in ihm auch die Grundlage für unsere Organisationsfähigkeit erblicken, die in diesem Kriege so viel von unseren Feinden beneidet wird.

Sie verkennen damit manche der edelsten Züge des deutschen Wesens, die auf dieser Fähigkeit, sich ein- und unterzuordnen, beruhen, z. B. die Vasallentreue, die Treue überhaupt, deren Mangel ja allerdings für Albion sprichwörtlich ist; aber ein berechtigter Kern liegt doch derartigen Anschauungen zugrunde. Wir haben als einzelne und als Volk sehr oft zu wenig Persönlichkeit, sehen zuviel auf die anderen, haben auch vielleicht ein zu großes Bedürfnis nach Führung und nach Verehrung der Führenden, zu wenig Rückgrat, zu wenig Selbständigkeit. Dieser Sinn für Ein- und Unterordnung ist auch die Erklärung unserer Vorliebe für eine feste Anstellung, für das Beamtentum und schließlich auch für die höchste Potenz des Beamtentums, den sozialistischen Zukunftsstaat, in dem alle Beamte sind. Und so wertvoll dieser Sinn in mancher Hinsicht ist, wenn es in Zeiten nationaler Gefahr gilt, alle für einen und einer für alle zu stehen,

so erfordern doch unsere Aufgaben nach dem Kriege höchste Energie der einzelnen, Anspannung aller Kräfte, erfordern insbesondere auch überragende Persönlichkeiten, welche imstande sind, die notwendigen neuen Organisationen ins Leben zu rufen und zu leiten. Sinn für Ordnung, Einordnung und Unterordnung bei den großen Massen sind nur wertvoll, wenn die Führer da sind, die die Organisationen schaffen und leiten, denen jene sich einordnen. Nur von Individuen hängen schließlich die kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritte ab, und diejenige Organisation ist für uns die beste, die den einzelnen an die Stelle bringt, wo er am meisten zu leisten vermag und den führenden Talenten die Möglichkeit zu ihrer Entfaltung gibt. Das leistet nur der Individualismus, nicht eine bürokratische Regelung. Nicht nur zum Staatsbürger, auch zum Individuum müssen die Menschen erzogen werden, und hier liegt vielleicht die wichtigste und schwierigste Aufgabe unseres Erziehungswesens in Deutschland. Persönlichkeiten sind es, die wir gebrauchen, persönliche Tatkraft, Lebensenergie, Willen, nicht Hoffen und Warten auf einen Zukunftsstaat, der jedem das Seine zuteilt. Nur so können wir im Kampf der Nationen unseren Platz behaupten.



35. Dr. Richard Hennig, Der Kampf um den Suezkanal
36. Dr. Gustav Stresemann, M. d. R., Englands Wirtschaftskrieg gegen Deutschland
37. Schulrat Karl Muthesius, Das Bildungswesen im neuen Deutschland
38. Prof. Dr. C. F. Lehmann-Haupt, Von Waterloo bis Antwerpen
39. Staatsanwalt a. D. L. Trampe, Der Kampf um die Dardanellen
40. Dr. Hans Freiherr von Coden, Bismarcks Glaube
- 41./42. Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Karl Helfferich, Kriegsfinanzen
43. Prof. Carl von Noorden, Hygienische Betrachtungen über Volksernährung im Kriege
44. Otto Hoehsch, Österreich-Ungarn und der Krieg
45. Prof. Dr. B. Gerloff, Der wirtschaftliche Imperialismus und die Frage der Zolleinigung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn
46. Geheimrat Prof. Dr. Otto von Sierke, Der deutsche Volksgeist im Kriege
47. Prof. Dr. Kurt von Rümker: Mit Schwert und Pflug!
48. Erich Meyer, Deutschland und Ägypten
49. Wilhelm von Nassow, Wie sieht es mit Polen?
50. Geheimrat Dr. Ing. H. Muthesius, Die Zukunft der deutschen Form
51. Dr. Hans Rost, Deutschlands Sieg — Irlands Hoffnung
52. R. Goldmann, Der Geist des Militarismus
53. Levin L. Schüding, Der englische Volkscharakter
54. Geheimer Medizinalrat Prof. Dr. Reisser, Der Krieg und die Geschlechtskrankheiten
55. Theodor von Cosnossky, Irredenta-Politik
56. Prof. Dr. Robert Liefmann, Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher?

Weiter haben folgende Mitarbeiter je eine Flugschrift übernommen:

Albert Ballin, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie
 Fürst Bernhard von Bülow
 Generalfeldmarschall Freiherr von der Goltz
 Dr. Hanns Heiman, Berlin
 Prof. Dr. Herre, Leipzig: Spanien und der Weltkrieg
 Möller van den Bruck, Berlin
 Geheimrat Prof. Dr. Wilhelm Ostwald: Kultur und Organisation
 Prof. Dr. Redlich, Wien: Österreich-Ungarns Bestimmung
 Dr. Riezler, Stettin: Die deutsche Kunst nach dem Krieg
 Geheimrat Prof. Dr. Roethe, Berlin: Vaterländische Dichter
 Prof. Dr. Samassa, Wien: Die südslawische Frage
 Bankdirektor Dr. Schacht, Berlin
 Geheimrat Prof. Dr. Schiemann, Berlin
 Geheimrat Prof. Dr. Cering, Berlin
 Dr. Hermann von Staden, Berlin
 Prof. Dr. Uebersberger, Wien: Rußland und der Panlawismus
 Dr. Fritz Wichert, Mannheim: Die formenden Kräfte des neuen Deutschlands